

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

58. Sitzung
3. November 2025

Beginn: 14.32 Uhr
Schluss: 17.32 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Fernwärmeregulierung – Stand und Perspektiven
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0132](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich darf Frau Winkler aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Leiterin der Gruppe Wärmeversorgung und Regulierung der Fernwärme, begrüßen, die uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung stehen wird. – Dann darf ich unsere Anzuhörenden begrüßen. Ich fange an mit Herrn Christian Feuerherd, Vorstandsvorsitzender der BEW Berliner Energie und Wärme AG. Herzlich willkommen hier bei

uns! Dann Herr Markus Kamrad, Vorstand der Verbraucherzentrale Berlin e. V. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Dann Herrn Dr. Tim Mennel, Themengebietsleiter Energiemarktdesign der dena. Auch Ihnen ein Willkommen! Dann habe ich noch als Vierten Herrn Dr. André Skopp, benannt von der CDU-Fraktion, ohne Funktion hier. Er wird sich dann aber selber, wenn er nachher dran ist, vorstellen, in welcher Eigenschaft er heute hier sitzt.

Dann können wir in die Anhörung eintreten. Ich gehe davon aus, dass wie immer ein Wortprotokoll gewünscht ist. – Ich sehe Kopfnicken. Dann verfahren wir so. – Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke? – Herr Kollege Dr. Taschner, dann haben Sie das Wort!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Wärmewende ist das Fundament unser Berliner Klimapolitik. Ohne eine konsequente Dekarbonisierung, insbesondere der großen Fernwärmenetze, sind unsere Klimaziele nicht zu schaffen. Zugleich bleibt die Fernwärme für Hunderttausende unverzichtbar, um in der kalten Jahreszeit verlässlich warme Wohnungen zu haben. Deshalb gilt: Klimaschutz und Bezahlbarkeit müssen immer die oberste Priorität unserer Politik sein. Genau aus diesem Grund hat die rot-grün-rote Koalition im Berliner Energie- und Klimaschutzgesetz als erstes Bundesland überhaupt Regeln zur Fernwärmeregulierung verankert: für mehr Transparenz, mehr Planungssicherheit und mehr Klimaschutz. Das ist ein wichtiger Einstieg, erfüllt aber noch nicht alle Erwartungen, insbesondere mit Blick auf die Überprüfung der Fernwärmepreise.

Zugleich entsteht im Zuge der Umsetzung der Wärmeplanung in Berlin, aber auch bundesweit eine ganze Reihe von neuen weiteren Wärmenetzen, alles unregulierte Monopole. Eine wirkungsvolle Preiskontrolle und eine verbindliche Regulierung von Wärme- und Nahwärmenetzen sind deshalb mehr denn je gefragt. Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit der Linksfraktion den Besprechungspunkt „Fernwärmeregulierung“ angemeldet, und ich freue mich, dass wir dieses wichtige Thema heute beraten, und auf die Ausführungen der eingeladenen Sachverständigen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Dr. Taschner! – Herr Kollege Valgolio zur Ergänzung, bitte!

Damiano Valgolio (LINKE): Ganz kurz zur Ergänzung, weil es jetzt ganz gut passt, dass Herr Staatssekretär Fischer gerade die eine Frage beantwortet hat! Da hatten wir gerade den Fall, dass es eine Auseinandersetzung gab über die Höhe des Preises, der da aufgerufen worden ist. Das zeigt, dass auch nach der Rekommunalisierung in diesem Bereich eine Regulierung und eine Aufsicht nötiger ist denn je, gar nicht so sehr, weil man vielleicht vermuten könnte, dass der Preis irgendwo nicht stimmen könnte, sondern unter anderem auch als zusätzliche Sicherheit für die Verbraucher, denn im Moment gibt es viele Verbraucher, auch Hauseigentümer zum Beispiel und andere Verbraucher, die überlegen, ob sie auf Fernwärme umsteigen, und dann natürlich befürchten, dass sie einem Monopolanbieter in irgendeiner Form ausgeliefert sein könnten. Wenn wir die Verbraucher, die Abnehmer, dazu bringen wollen umzusteigen, ist eine gut aufgestellte, gut strukturierte Aufsicht ein wichtiges Instrument, um da Sicherheit zu schaffen. Das ist auch ein Grund, warum es gut ist, dass wir das besprechen. – Insofern vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank für die Begründungen! – Dann gehen wir in die Anhörung. Ich darf die Anzuhörenden darauf hinweisen, dass jeder von Ihnen jetzt ein Eingangsstatement machen kann, möglichst nicht länger als fünf Minuten, weil wir mit Ihnen anschließend diskutieren wollen. Sie kommen auch noch zu Wort, wenn die vielen Fragen gestellt werden, die es bestimmt gibt. Deshalb halten Sie sich bitte an die Fünf-Minuten-Vorgabe! Dort ist auch eine Uhr, die Sie sehen können, die dann entsprechend das Zeitbudget zeigt. Dann fangen wir in alphabetischer Reihenfolge an. – Herr Feuerherd, Sie hätten als Erster die Möglichkeit, Ihr Eingangsstatement zu machen. – Bitte sehr!

Christian Feuerherd (BEW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! In Anbetracht dieser direkten Ansprache des Fünf-Minuten-Zeitfensters übe ich mich in der Kunst des Weglassens und sage Ihnen nur: Der BEW, Ihrem neuen Landesunternehmen, geht es gut. Wir haben uns toll weiterentwickelt. Wir sind robust aufgestellt und packen die großen Projekte kraftvoll an.

Zum eigentlichen Thema des heutigen Tages der Fernwärmeregulierung, Stand und Ausblick, ein kleiner Überblick, ein kleiner Impuls von mir:

Regulatorik in der Fernwärme funktioniert über zwei Sektoren hinweg und jeweils auf drei Ebenen. Die Sektoren sind der Gebäudesektor einerseits und der Energiesektor andererseits. Die Ebenen sind dann die europäische, die bundesdeutsche und die Berliner Regulatorik. Für beide Sektoren gilt gleichermaßen, dass Regulatorik sowohl für Gebäude als auch Energie im Kern in Brüssel entsteht. Die wichtigsten Richtlinien sind dabei die EED, die Energieeffizienz-Richtlinie, die RED, die Erneuerbare Energien-Richtlinie, die EPBD, die Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, das ETS, die Emissionshandelsrichtlinie, und die IED, die Industrieemissionsrichtlinie. Insgesamt sind wir als Wärmeversorger in Berlin, aber auch als Branche, mit dem aktuellen Regelungsrahmen der EU ganz zufrieden und haben daran gar nicht viel herumzumeckern.

Auf der Bundesebene sind für uns als Wärmeversorger und damit für unsere Kundinnen und Kunden im Kern drei Themen von ganz besonderer Relevanz. – Erstens: Das KWKG, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Mit dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz werden einerseits Erzeugungsanlagen gefördert und andererseits, und das wird zunehmend bedeutsamer, der Ausbau der Fernwärmenetze. Aktuell wurde das KWKG bis 2030 verlängert. Unsere neue Anlage in Berlin-Charlottenburg fällt noch in den Anwendungsbereich dieses verlängerten KWKG, wenn wir bis zum 31. Dezember 2026 eine bestandskräftige Genehmigung erhalten. Das ist nach unseren aktuellen Planungen auch erreichbar. Leider gibt es heute keine sich abzeichnende Nachfolgeregelung und leider auch keine Berücksichtigung im Rahmen der Kraftwerkstrategie des BMWi. Hier muss Berlin seine Stimme im Bundesrat einbringen und sich für eine Verlängerung des KWKG starkmachen und zudem für eine Berücksichtigung in der Kraftwerkstrategie.

Zweitens: Das BEW, die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze, das bislang einmalig mit 3 Milliarden Euro dotierte Förderprogramm, soll bis zu 40 Prozent der Gesamtinvestitionen in die Transformation der Wärmewende finanzieren und darüber die Bezahlbarkeit absichern. Hier brauchen wir eine Verstärkung. 3 Milliarden Euro reichen nicht ansatzweise aus, um die Wärmewende sozialverträglich zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Programm Gesetzeskraft erhält und mit 3 Milliarden Euro pro Jahr dotiert wird.

Drittens, und das ist weiterhin eines der größten Hindernisse, gerade für die Transformation von Bestandsgebäuden: Die Wärmelieferverordnung. Sie soll dem Grunde nach dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Kosten bei der Umstellung auf gewerbliche Wärmelieferungen geschützt werden, und das ist etwas – das sage ich ganz ausdrücklich –, was wir unterstützen. Allerdings zwingt die Wärmelieferverordnung in ihrer heutigen Ausprägung die Mieterinnen und Mieter, die Gebäudeeigentümer eher zum Verbleib in ihrer fossilen alten Heizungsanlage. Warum? – Weil sie in der Betrachtung der Kosten nach hinten und nicht nach vorne schaut. Wir halten das für einen Systemfehler und regen an, die heute schon bestehenden Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes, die es demselben Gebäudeeigentümer erlauben, wenn er eine Wärmepumpe einbaut, 50 Cent pro Quadratmeter und Monat umzulegen, dass dieselbe Regelung für die Fernwärme und für die Wärmelieferverordnung Anwendung finden kann. Dann bin ich sicher, dann schaffen wir auch den Wechsel der Wärmeversorgungslösung in Bestandsgebäuden.

Klar ist auch, das ist alles keine Einbahnstraße. Ich bin hier nicht mit Forderungen erschienen, sondern auch als jemand, der sagt: Es ist klar, dass wir transparenter werden müssen und dass wir Menschen vor genau diesen Problemen schützen, die eine teure Wärmewende mit sich

bringt. Was uns hilft ist eine Transparenz über den Wärmemarkt, nicht nur in Berlin, sondern deutschlandweit. Wir setzen uns also dafür ein, dass alle Wärmeanbieter an der Preistransparenzplattform des AGFW teilnehmen und ihre Preise veröffentlichen, sodass Mieterinnen und Mieter und Gebäudeeigentümer sich einen Überblick machen können: Wie teuer ist ihre Wärmeversorgungslösung im Vergleich? – Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass alle Wärmeversorgungsunternehmen in Deutschland an der Universalschlichtungsstelle des Bundes teilnehmen, auch um hier Sicherheit und Anlaufstellen zu schaffen für Mieterinnen und Mieter, die ihr Vertrauen vielleicht verloren haben.

Was kann Berlin, was können Sie tun? – Zum einen natürlich Berlin mit dem größten Fernwärmesystem Westeuropas mit einer starken Stimme im Bundesrat vertreten. Zum anderen hat Berlin auch eigene Regelungen, die für die Fernwärme bedeutsam sind. Mit der Veröffentlichung der kommunalen Wärmeplanung im nächsten Jahr wird das Thema Wärmeversorgung ganz neu für die Menschen in den Fokus rücken. Hier wird es darum gehen, die Wärmepläne gut zu kommunizieren und eine Anlaufstelle zu schaffen, bei der sich Gebäudeeigentümer beraten lassen können. Wenn ich dann in Richtung der Wärmenetzgebiete, der Wärmeplanung schaue, wird es vor allen Dingen um die Effizienz in der Herstellung neuer Hausanschlüsse oder den Ausbau des Netzes gehen. Nur wenn wir es schaffen, unsere Kräfte wirklich zu bündeln, werden wir eine Verdoppelung der Anschlusszahlen auch erreichen.

Hierzu bedarf es in Berlin dreier Dinge – erstens eine Änderung der Ausführungsvorschriften in den sogenannten Milieuschutzgebieten: Eine energetische Sanierung oder ein Heizungstausch, der den Ergebnissen der kommunalen Wärmeplanung folgt, ist zu genehmigen. – So einfach kann diese Regelung aussehen.

Zweitens müssen wir aus Effizienzgründen auch Gebäude anschließen, die vielleicht erst vor Kurzem sich selbst eine neue Heizung eingebaut haben oder vor fünf oder acht Jahren. Auch diese Gebäude wollen wir an die Fernwärme anschließen, eine Leitung in den Keller legen, einen Blindstopfen darauf setzen und dem Gebäudeeigentümer Zeit lassen, bis seine alte Anlage nicht mehr funktioniert, um später auf die Fernwärme umgestellt zu werden. Was wir dafür brauchen, ist eine finanzielle Unterstützung. Zins- oder/und tilgungsfreie Darlehen, um diese Anschubfinanzierung im Gebäude zu ermöglichen, helfen der Wirtschaftlichkeit dieses Vorgehens. Hier sind wir mit der IBB in einem sehr guten Austausch.

Drittens, und damit komme ich zum Ende, kann das Land Berlin selbst Flächen bereitstellen, um der Wärmewende in der Stadt zum Vorschub zu verhelfen. Damit möchte ich enden und freue mich später auf Ihre Fragen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann, Herr Kamrad, sind Sie der Nächste. Sie haben eine Präsentation, die gleich entsprechend eingeblendet werden wird.

Markus Kamrad (Verbraucherzentrale Berlin): Ich habe schon ein leicht schlechtes Gewissen, dass ich offenbar der einzige bin, der Folien braucht. Ich werde trotzdem versuchen, meine fünf Minuten einzuhalten. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Vielen Dank, dass ich hier aus Sicht der Verbraucherzentrale sprechen darf! Vorab einige grundsätzliche Bemerkungen: Wir beobachten den Markt für Fernwärme. Die meisten Anbieter, unter anderem auch die BEW, stellen freiwillig Daten über eine Plattform der Energiewirtschaft bereit. Das kann ich auch unterstützen, was

Sie gerade gefordert haben. Wenn das verpflichtend für alle wäre, wäre das sicherlich gut. Aber, wie gesagt, die BEW liefert da auch die Daten. Der größte Berliner Anbieter BEW ist preislich auch in einem eher unauffälligen mittleren Bereich. Bei uns in der Beratungspraxis gibt es Beschwerden in Sachen Fernwärme vor allen Dingen bei Preiserhöhungen über das Instrument der Vertragskündigung. Das ist rechtlich zumindest aus unserer Sicht uneindeutig, könnte aber ein gangbarer Weg sein. Hier wäre es aber gut, wenn der Gesetzgeber klarstellen würde, dass das ein nicht gangbarer Weg ist aus unserer Sicht.

Beratungsbedarf gibt es auch in Sachen Anschlussleistung und Reduzierung der Anschlussleistung und natürlich bei der grundsätzlichen Frage, gerade bei WEGs, Fernwärme ja/nein – ist das die passende Lösung ? –, und dann in der täglichen Beratungspraxis viel Erklärungsbedarf zu Preisänderungsklauseln und zur Nachvollziehbarkeit der Regelungen. Da ist sicherlich noch, da kann ich nur zustimmen, Bedarf der Klarstellung.

Meine Ausführungen – das bitte ich zu trennen – beziehen sich nicht auf die Frage des Geschäftsgebarens der Anbieter auf dem Berliner Markt, sondern es geht um grundsätzliche methodische Überlegungen, warum man bestimmte Regulierungen braucht, um den Markt verlässlich zu halten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich kann mit der Frage – mein Sohn würde sagen: wichtige Frage – einsteigen: Muss das reguliert werden? – Die Frage sollte man in einer Marktwirtschaft immer stellen. In dem Fall kann man sie sehr einfach und sehr klar beantworten. Deswegen werde ich das auch ganz kurz machen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Der Fernwärmemarkt ist noch weniger wettbewerblich geprägt als der Strom- und Gasmarkt. Es gibt kein Unbundling. Die hoheitliche Preiskontrolle bezieht sich bislang vor allen Dingen auf eine kartellrechtliche Überprüfung, die oft leer läuft. Ich werde gleich dazu kommen, warum das Kartellrecht eigentlich aus unserer Sicht im Rahmen der Fernwärme das falsche Instrument ist. Bisher findet Preisüberprüfung vor allen Dingen durch Endkunden statt, also zivilrechtlich, manchmal unterstützt durch Organisationen wie die Verbraucherzentrale. Die bestehenden Informationsasymmetrien erschweren allerdings die Nachvollziehbarkeit und die Rechtsdurchsetzung.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich habe hier mal ein paar Regulierungsoptionen mitgebracht. Ich habe nicht ganz den Horizont von Herrn Feuerherd, ist mir gerade aufgefallen. Die Uhr habe ich einfach mal außen vor gelassen. Grundsätzlich würde ich zu all diesen Lösungen immer sagen: Wenn der Bund es regeln würde, wäre das die beste Option. Nichtsdestotrotz kann natürlich ein Bundesland sich überlegen, wenn der Bund mal nicht oder nur sehr schleppend handelt, inwieweit es eigene Regulierungsmöglichkeiten sieht. Wir stimmen sicherlich auch darin überein, dass die AVB-FernwärmeV dringt novellierungsbedürftig ist. Es gibt auch schon diverse Vorarbeiten, auf die man aufsetzen kann. Ich habe da sicherlich einen etwas stärkeren Bezug auf die Preissetzungsregelung. Hier wäre es zum Beispiel so, dass aus unserer Sicht Preissprünge vermeidbar

oder zumindest abschwächbar wären, wenn die Anbieter in ihren Preisänderungsklauseln ein entsprechend gewichtetes Marktsegment einbauen würden. Wenn das jetzt zu weit führt, kann ich gerne auf Nachfragen – – Es wäre aber hilfreich. Ich glaube, die BEW ist da schon relativ ausgewogen, aber es gibt sozusagen keine Vorschrift, das Marktsegment in einer bestimmten Stärke zu gewichten. Ein stark gewichtetes Marktsegment verhindert oder kann zumindest Preissprünge etwas abdämpfen. Hilfreich wäre auch eine Verkürzung der Vertragslaufzeiten, weil Preissprünge insbesondere immer dann kommen, wenn der lang laufende Vertrag endet. Wir sind uns total einig, dass es mehr Nachvollziehbarkeit bei den ganzen Klauseln gibt, dass sie einfach verständlich und stärker normiert sind.

Aus unserer Sicht, aus Verbrauchersicht, und das sieht auch unser Bundesverband so, ist es notwendig, auch über Preisregulierungen zu reden, beispielsweise, aber das ist nicht ausschließlich über einen Höchstpreisindex. Es ist aus unserer Sicht auch wichtig, darüber zu reden, dass die Förderung der Fernwärme analog dezentraler Energieformen geschieht. Da kann es – ich komme nachher noch zu dem möglichen Preis-Gap –, wenn man eine Energieform stärker privilegiert oder fördert als die andere, natürlich zu Unwuchten kommen. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, auf einer der Ebenen den Ausbau, auch da kann ich zumindest in die gleiche Richtung denken, mit Sanierung zu verknüpfen. Ein Sonderfall ist das Contracting, und darauf würde ich jetzt nur auf Nachfrage eingehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Mein Kernpunkt, den ich gerne hier machen würde, ist: Es kann aus unserer Sicht auch dann zu Preis- und Akzeptanzproblemen bei der Fernwärme kommen, wenn der Fernwärmeanbieter nicht missbräuchlich agiert, und das ist auch der Grund, warum wir der Meinung sind, dass das Kartellrecht hier der falsche Ansatz ist. Eine Ex-post-Analyse der Preise, die überprüft, ob Missbrauch stattgefunden hat, kann hilfreich sein, wenn der Anbieter missbräuchlich agiert. Es kann aber auch sein, dass der Anbieter nicht missbräuchlich agiert und man trotzdem in eine Problematik reinläuft. Es kann aus unserer Sicht passieren, dass die Preise für Fernwärme im Vergleich zu anderen Referenzwärmeträgern wie beispielsweise der Wärmepumpe irgendwann aus Kostengründen einen bestimmten Korridor, der für die Kunden nachvollziehbar ist, verlassen. Das ist insbesondere deshalb schwierig, weil natürlich die Kunden relativ wenig Ausweichmöglichkeiten haben, wenn der Preis in eine Richtung abweicht. Das ist der Grund, warum wir Höchstpreisregeln als Referenzmaßstab gut fänden, insbesondere weil auch – das kam in der Einführung heraus – die Fernwärme volkswirtschaftlich gewünscht ist, weil sie bei der Dekarbonisierung hilft, weil sie auch die Stromnetze entlastet. Die Frage ist aber natürlich, ob die Entlastung des Stromnetzes – – wer diese volkswirtschaftlich gewünschte Aufgabe finanziert, und da kann es natürlich passieren, dass es insbesondere dann, wenn andere Wärmeträger wie beispielsweise die Wärmepumpe besser gefördert werden, zu Gaps kommt. Hier wären dann Förderungen – –

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Kamrad! Ich darf Sie auf Ihre Zeit hinweisen!

Markus Kamrad (Verbraucherzentrale Berlin): Hier wären Fernwärmeförderprogramme sinnvoll. Das ist auch schon angelegt im Entwurf der Wärmeplanung. Dort finden sich auch schon Gedanken zur Angemessenheit und Konkurrenzfähigkeit des Preises, Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Insofern möchte ich zusammenfassen, dass es aus unserer Sicht wichtig ist, dass die Preise reguliert werden, im Idealfall im Rahmen einer Höchstpreisregulierung,

selbst dann, wenn es keinen Anlass gibt, dem Versorger zu misstrauen, zweitens, dass die Regeln, idealerweise im Bund, aber sonst auch im Land, in Sachen Information, Beratung, Transparenz klarer gesetzlich normiert sind. Hier kann natürlich Berlin auch mit einem rekommunalisierten Fernwärmebetreiber auf eigene Faust vorangehen. Und die Frage der Fernwärme sollte regulativ mit der Frage von Sanierungen verknüpft werden, weil insbesondere bei Mietobjekten, Verbrauchern in Mietobjekten natürlich die Anreize zwischen Vermieter, Verbraucher und Versorger deutlich auseinanderlaufen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann begrüße ich erst mal Frau Senatorin Giffey hier bei uns im Ausschuss. Herzlich willkommen! – Wir kommen dann zu Ihnen, Herr Dr. Mennel. Sie sind der Nächste!

Dr. Tim Mennel (Deutsche Energie-Agentur): Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Frau Senatorin! Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Tim Mennel. Ich bin bei der Deutschen Energie-Agentur beschäftigt und habe mich in den letzten zwei Jahren verstärkt mit Fernwärmeregulierung befasst. Ich komme als Ökonom allerdings eher aus der Strommarktregulierung und war erst mal sehr überrascht, dass tatsächlich die Regulierung der Fernwärme nur auf Veränderung der Preise abzielt. Das heißt, es ist laut der AVBFernwärmeverordnung gestattet, den Arbeitspreis quartalsweise und den Wohnpreis jährlich anzupassen. Es gibt aber keinen Bezug zu den Grundkosten, das heißt, die Veränderungen unterliegen der Regulierung, aber nicht die Kosten als solche, und die Kosten sind auch nicht transparent, und das ist tatsächlich erst mal eine Merkwürdigkeit. Das ist ein großer Unterschied zu der Regulierung von Strom- und Gasnetzen, wo wir auch eine Regulierung haben. Wir von der dena glauben, dass da Handlungsbedarf besteht, weil unklar ist, inwieweit die Fernwärmepreise die Kosten wirklich widerspiegeln. In der letzten Novellierung der AVBFernwärmeverordnung steht: Die Preisklauseln müssen so ausgestaltet sein, dass sie die Marktentwicklung und die Kosten des Versorgers widerspiegeln, aber das können sie aufgrund der Regulierungssystematik heutzutage nicht.

Jetzt gibt es zwei Ansätze zur Verbesserung. Der eine ist, die Preistransparenz zu verbessern, und der zweite ist, die Art und Weise, wie reguliert wird, umzustellen. Ich will erst mal mit der Preistransparenz anfangen. Ich habe auch ein paar Folien.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben Transparenzregeln für Veröffentlichungslisten in der AVBFernwärmeV. De facto gibt es heute diese Transparenzplattform von den Spartenverbänden, die zuständig sind. Das ist ein Fortschritt, man sollte aber hiermit nicht zufrieden sein, denn zum einen ist diese Plattform unvollständig. Das ist nicht wirklich nachvollziehbar. Das ist jetzt kein spezielles Berliner Problem, aber auch für Berlin gilt das Problem, dass die Informationen unvollständig sind. Es gibt keine genauen Daten über die Anteile der Energieträger in der Fernwärmeversorgung und noch weniger Daten über die Kosten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier kann man sich unser Nachbarland Österreich zum Vorbild nehmen, das tatsächlich die gesetzliche Pflicht zur Veröffentlichung dieser Information eingeführt hat, die auch die Anteile eingesetzter Energieträger mitumfasst. So viel in der Kürze zur Transparenz!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Jetzt ein paar Worte zur Stringenz der Regulierung. Es gibt das zweifache Problem, dass nur Preisanpassungen der Novellierung unterliegen. Das zweite Problem ist, dass das Bundeskartellamt aufgrund seiner personellen Ausstattung überfordert ist, das wirklich durchzusetzen. Es gibt gegenwärtig sechs Verfahren wegen des Verdachts auf missbräuchliche Preissetzung. Die laufen seit 2023, und tatsächlich ist unklar, inwieweit die auch zu einem befriedigenden Ende kommen können, weil die Intransparenz über die tatsächlichen Kosten der Fernwärmeversorgung besteht. Mit dem Instrumentarium, das wir heute haben, ist es sehr schwierig, das auszuräumen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Monopolkommission hat in ihrem Jahresgutachten des letzten Jahres eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Zur Vergleichsplattform habe ich schon einiges gesagt. Wichtig ist der Monopolkommission die Einführung einer Price-Cap-Regulierung. Das wäre das Beispiel der Niederlande, die das gerade umsetzen, wo die Fernwärmeversorger ihre Kosten offenlegen möchten. Die Monopolkommission möchte noch einen Schritt weitergehen und einen Marktindex einführen, der sich an den Kosten der Wärmeversorgung durch eine hypothetische Wärmepumpe aufhängt. Letzteres sehe ich und sehen auch meine Kollegen ausgesprochen kritisch, weil diese hypothetische Wärmepumpe nicht überall zur Verfügung stehen wird. Aus unserer Sicht ist es sehr wichtig, dass bei einer Reform der Regulierung das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet und eine Art von Anreizregulierung eingeführt wird, die die Unternehmen völlig überfordern würde. Hier haben wir auch eine Differenz zu den Kollegen in Bonn und auch zu den Verbraucherverbänden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Tatsächlich ist eine Reihe von Ansätzen zur Verbesserung der Transparenz und auch zur Reform der Regulierung schon in der Novellierung in der AVBFernwärmeverordnung vom vergangenen Jahr enthalten gewesen. Die ist an dem vorzeitigen Ende der Ampelkoalition gescheitert. Wir hoffen, dass die Bundesregierung demnächst dieses Thema wieder aufgreift, so wie es im Koalitionsvertrag auch vorgesehen ist.

Zum Abschluss will ich noch einmal die Punkte der dena zusammenfassend darstellen. Wenn Sie sich über die Themen noch genauer informieren möchten, verweise ich auf die Analyse, die wir im Juli veröffentlicht haben. Es wird sehr wichtig sein, bei einer Reform der Regulierung beide Seiten an einen Tisch zu bringen und die notwendigen Investitionen zu berücksichtigen, aber genauso die Verbraucherinteressen. Es wird notwendig sein, durch mehr Transparenz die öffentliche Unterstützung für den Fernwärmesektor zu sichern und zu verbessern. Es wird auch notwendig sein, neue Finanzierungsinstrumente zu mobilisieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann, Herr Dr. Skopp, hätten Sie das Wort, und vielleicht können Sie sich zu Beginn vorstellen.

Dr. André Skopp: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Ausschussmitglieder! Ich bin eigentlich zu diesem Thema als Mieter gekommen. Dabei war es bei uns so, dass wir extrem steigende Heizkosten hatten, und zwar schon 2021. Da stiegen sie um 70 Prozent. Im Mittel sind sie sonst um 13 Prozent gestiegen. 2022 sind sie noch mal um 300 Prozent gestiegen. Wir hatten eine Verfünffachung der Heizkosten in zwei Jahren, von 2020 bis 2022. Jetzt war die Frage: Woher kommt das? – Wir hatten keine Antworten vom Vermieter bekommen. Wir hatten keine Wärme-Contracting-Umstellung gehabt oder Sonstiges, und dann hat irgendwann ein Eigentümer uns den Energieliefervertrag zugeschickt. Da hatten wir dann gesehen, wie diese Preise berechnet werden, und da kam man zu diesen Preisklauseln. Diese Preisklauseln mit Grundpreis plus Arbeitspreis, die aus den Kosten und dem Marktelement gebildet werden, da gibt es einen großen Wildwuchs, wo man dann börsenindiziert volatil abrechnet und teilweise sehr hohe Preise generiert werden. Das Marktelement ist relativ unterrepräsentiert und in unserem Fall gar nicht. Dabei haben wir in der Siedlung eine extra Position, dass wir sowohl Wärme-Contracting haben als auch Fernwärme über BTB beziehen. Vorhin hieß es, BTB hätte 50 Prozent erneuerbare Energieanteile mit Holzschnitzelwerk. Bei uns war das auch so ausgewiesen, aber abgerechnet wurden über 50 Prozent Gas und wenig Holzschnitzel, weil Gas eben teurer ist. Auch das ist ein Problem für Mieter, die nicht mal Verträge haben und sich nicht direkt an die Energieanbieter wenden können. Wenn man das immer weiter verfolgt und auch den Preisatlas von Herrn Siepe oder andere Dinge mal gesehen hat, sind die Kosten oft intransparent, und es gibt einen großen Wildwuchs. Es ist nicht genug geregelt. Der Mieter hat große Probleme, sich einerseits durchzusetzen und auch zu verstehen, egal, bei wem. BEW hat jetzt Verbesserungen mit dem Wärmepreisindex, 50 Prozent, aber auch dort gibt es beim Kostenelement eine völlige Unklarheit, und wenn man die Seite aufruft, kommt man seit fünf Wochen da nicht weiter: ist in Bearbeitung.

Auf jeden Fall haben wir mit diesen Preisen und der Preisentwicklung große Probleme, und man ist relativ rechtlos. Man kann sich auch nicht an jemanden wenden. Der Vermieter hat kein Interesse, gegen die Energieanbieter vorzugehen, weil er meint, er gibt die Kosten nur weiter, warum soll er sich diesen Aufwand machen? Dann sehen wir auch, das war eine gute Idee mit dem Wärme-Contracting und auch der Wärmelieferverordnung, dass man dachte, man könnte damit nachhaltigere Energien fördern und effizientere Heizungen. Was haben wir aber? – Wir haben 100 Prozent, also nicht bei BTB, aber beim Wärme-Contracting, CO₂-Anteil. Auch bei BEW haben wir 94 Prozent fossile Energieträger oder zumindest 6 Prozent Abwärme und erneuerbare Energien. Auch da zahlen wir für teilweise Verluste durch die Leitungen, durch hohe Kosten für die Preisgleitklauseln. Auch wenn ich diese Temperatur überhaupt erst mal erzeuge, um sie über die Leitungen zu bringen, habe ich auch Verluste. Da ist manchmal die Frage: Ist das schon die Energiewende? Wenn wir 700 000 Haushalte bei BEW haben, wie wird die erneuerbare Energie für diese Haushalte sichergestellt?

Natürlich wünschen wir uns auch mehrere Veränderungen der Wärmelieferverordnung, Veränderung auch § 556c BGB, aber im Kern die AVBFernwärmeverordnung und da auch eine wirklich sehr exakte Regelung, gerade dann, wenn es um Verträge geht, die vertragslose Mieter oder wenn man zulasten Dritter Verträge abschließt – – Man kann in die Höhe Vereinbarungen machen. Man kann machen, was man will, aber der Mieter zahlt das, und er hat keine Rechte. Das ist ein Monopolmarkt. Er ist zehn Jahre gefangen. Er kommt da nicht raus, und

oft hat er nicht mal erneuerbare Energie. Er zahlt hohe Kosten und hat eigentlich erst mal nichts davon.

Deshalb bin ich jetzt erst mal hier. Ich komme aus der Pfarrsiedlung und bin seit anderthalb Jahren mit diesem Thema beschäftigt. Ich habe auch mit dem Kartellamt etwas zu tun gehabt, mit dem Landeskartellamt, und kann nur bestätigen, was vorher gesagt wurde. Es ist der Aufwand. Das ist ein Aufgreifermessen. Sie tun sich sehr schwer mit den Regelungen. Die Fernwärme ist nicht genug geregelt. Jedes Fernwärmenetz hat besondere Bedingungen. Also es ist wirklich ausgesprochen schwer, dort irgendetwas zu erreichen, und dann muss man fragen: Ist das wirtschaftlich, und wie sieht es mit Konkurrenztechnologien aus? Vielleicht auch mal Kalt- und Nahwärmenetze, Wärmepumpe. Welche Kombination gibt es? Wie erreiche ich wirklich erneuerbare Energien? Haben wir H2-ready? Ist das wirklich mit Wasserstoff zu – – Kommt da was? Dann sehen wir auch die Wärmewendeumsetzung in Stuttgart. Da waren die auch von Korrektiv und vom Südwestrundfunk. Es gibt auch einige Betrachtungen dazu. Es ist schon so, dass es im Augenblick ein gewisses Green-Washing im Augenblick von der Fernwärme gibt.

Natürlich ist die Fernwärme in dichtbesiedelten Bereichen, wenn man die richtige Abwärme hat, per se nicht schlecht, aber man sollte dabei auch an die Konkurrenz und die Technologieoffenheit denken, an eine gute Regelbarkeit und auch rechtliche Möglichkeiten und Wirtschaftlichkeitsgebote, die nicht nur ein schwaches Schwert sind, sondern dass sie auch wirken. Derzeit steht es auf dem Papier, und in der AVBFernwärmeverordnung steht dann „angemessen“, „beispielhaft“, „kann“. Damit kann man rechtlich nichts anfangen, und deshalb ist es natürlich sehr schwierig, wenn es ungeregelt ist. Deshalb würde ich da für bessere Regelungen plädieren, vor allem, weil es auch zulasten Dritter geht. 7 Millionen Mieterhaushalte sind bei Fernwärme und fast 4 Millionen beim Wärme-Contracting. Das sind 11 Millionen von 41 Millionen Haushalten. Das sind 25 Prozent der Haushalte, und wir wollen das verdoppeln. Das heißt, es wird alle betreffen, und es ist ganz wichtig, dort zu regeln.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Dr. Skopp! Ich darf Sie auch auf Ihr Zeitbudget hinweisen.

Dr. André Skopp: Mir geht es auch um verbesserte Regelungen und um Mieter- und Verbraucherschutz, aber dennoch um eine Energiewende, die nachhaltig ist und insgesamt möglichst wenig Kosten verursacht, also effizient ist. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann haben wir die vier Stellungnahmen der Anzuhörenden gehört und können in die Aussprache gehen. Wir würden mit Herrn Dr. Taschner beginnen. – Bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Im Namen meiner Fraktion möchte ich mich bei allen Anzuhörenden für die sehr interessanten Ausführungen bedanken. Ich fange mich mit meinen Nachfragen bei Herrn Mennel von der dena an. Vielen Dank, dass Sie gekommen sind und so ein bisschen den Blick geweitet haben! Das ist, glaube ich, immer ganz wichtig. Wir haben an vielen Stellen gehört, eigentlich ist der Bund ganz stark gefordert. Das sehen wir ganz genauso, gerade bei dem, was bei der Umsetzung der Wärmeplanung in den nächsten Jahren passiert. Wir brauchen keine 16 Landesregelungen, sondern eigentlich eine zentrale Bundesregelung.

Sie haben gesagt, Sie hoffen, der Bund nimmt es zumindest mit der Wärmelieferverordnung wieder auf, was da letztendlich in der letzten Legislatur nicht zu Ende gebracht worden ist. Haben Sie schon Anzeichen dafür, oder ist es da gerade extrem ruhig in der Richtung? Man müsste ja davon ausgehen, wenn 2026 laut Gesetz die ersten großen Städte ihre Wärmeplanung vorlegen müssen, dass da eigentlich ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Dann haben Sie zwei Beispiele aus dem europäischen Ausland genannt, einmal Österreich, fand ich sehr spannend. Habe ich das richtig verstanden, dass die Transparenz in Österreich so gestaltet ist, dass ich als Fernwärmekunde sehen kann, welcher Energieträger welchen Einfluss auf meine Fernwärmepreise hat? Also sprich, sehe ich, wie möglicherweise erneuerbare Energien den Fernwärmepreis senken, und wie steigern möglicherweise fossile Energien wie Erdgas die Fernwärmepreise? Oder wenn jetzt sehr viel mit Holz verfeuert werden wird, gehen wir auch davon aus, zumindest die in Hamburg gehen davon stark aus, dass das eben auch – Kann man das wirklich an dieser Transparenz sehen? Das finde ich nämlich echt sehr chic, wenn wir so etwas auch hätten, nachvollziehbar.

Dann sprachen Sie von einer Price-Cap-Regulierung aus den Niederlanden. Vielleicht können Sie das auch noch mal in zwei, drei Worten etwas genauer erklären, wie das funktioniert und vor allen Dingen, wie das auch dort angenommen wird. Da ist immer die Frage, regulieren kann man viel, es muss natürlich auch gut funktionieren.

Herr Kamrad, vier Fragen habe ich für Sie. Im Moment macht ja das Bundeskartellamt die effektive Preiskontrolle. Herr Mennel hat ja schon gesagt: Die schaffen das gar nicht. Würden Sie das in der Richtung bestätigen, dass eigentlich das Bundeskartellamt maßlos überfordert ist mit so vielen und vor allem auch zukünftig mit den immer weiter in Massen anstehenden Wärmenetzen, wir reden ja auch von den Nahwärmenetzen, die letztendlich auch irgendwie mal eine Regulierung brauchen, das sind ja bloß kleinere Fernwärmenetze? – Zweitens, Sie sprachen vom Höchstpreisindex als einer Idee. Vielleicht können Sie das auch noch mal ein bisschen ausführen.

Dann habe ich ja auch mitbekommen, Sie bieten ja auch Beratungen an. Ich glaube, das ist auch natürlich, dass sich auch viele Leute an Sie wenden, vielleicht auch, Herr Skopp, die Frage vielleicht an dieser Stelle auch an Sie: Haben Sie denn irgendwelche Anlaufstellen hier gefunden, die Sie beraten? Welche waren das? Wie gut waren die? Was wünschen Sie sich eigentlich noch mehr? – An den Senat an der Stelle die Frage: Was plant der Senat eigentlich, wenn 2026 die Wärmeplanung in die Umsetzung kommen muss? Dann werden viele Leute einen erhöhten Informationsbedarf haben, und wenn man hört, dass die BAUinfo komplett gestrichen werden soll, dann frage ich mich schon: Was plant der Senat zukünftig konkret an solchen Anlaufstellen? – An Sie, Herr Kamrad, die konkrete Frage: Werden Ihre Beratungsangebote eigentlich mit den Streichungen im Haushalt zusammengestrichen, sprich: Fallen Sie dann als Beratungsstelle mehr oder weniger in dieser wichtigen Frage weg, weil das Land Berlin im Haushalt die Gelder nicht mehr zur Verfügung stellt?

Sie haben kurz das Contracting angesprochen und gesagt, das machen Sie nur auf Nachfrage. Hier kommt die Nachfrage, ist eine wichtige Sache, ist eigentlich jetzt nicht klassische Fernwärme, das ist mir schon klar, oftmals bleibt die Gasheizung ja unten drin stehen, wird dann bloß als Contracting gemacht, fällt dann aber natürlich unter die Fernwärmeverordnung. Also da sind wir schon wieder beim selben Thema, und es ist ja ein massives Problem, auch in Ber-

lin. Viele kennen solche Fälle, wo über Contracting die Preise gestiegen sind. Sie von der BEW haben da leider von der Vattenfall auch noch ein paar Leichen im Keller, die man vielleicht mal aufräumen müsste. In der Richtung sollten wir uns das gelegentlich auch mal anschauen.

Wenn ich bei Ihnen bin, Herr Feuerherd, da muss ich jetzt aber ausdünnen: Sie sprachen auch eine Anlaufstelle noch mal an, wie wichtig das ist, auch die Nachfrage noch mal an den Senat von vorhin. Wir unterstützen da auch Herrn Feuerherd in der Ansicht, dass wir da dringend eine ordentliche Anlaufstelle brauchen. Sie sprachen von der Universalschlichtungsstelle des Bundes. Reicht das eigentlich? Ich habe immer gehört, die ist zwar nett, das ist immer so die letzte Rückfalloption. Aber eigentlich kann man ja einen Schritt weitergehen und selbstverpflichtende Schlichtungsstellen schaffen. Wäre das nicht wünschenswert? Brauchte man so etwas möglicherweise auch im Land Berlin? Plant der Senat möglicherweise so etwas?

Transparenz war ja auch sehr häufig die Frage. Jetzt ist die Transparenz schön, wenn ich vergleichen kann, wie günstig die BEW gegenüber anderen ist. Da sind wir zum Glück hier ganz gut unterwegs, wie wir auch von Herrn Kamrad gehört haben. Das freut uns natürlich. Aber die große Intransparenz – und Herr Skopp hat das ja auch noch mal herausgestellt – ist, dass ich ja als Kunde gar nicht örtlich nachvollziehen kann, wie sich dieser Preis eigentlich zusammensetzt, eben an dieser komplizierten Formel mit den unterschiedlichen Gewichtungungen, wir alle kennen das. Muss es da nicht einfach in der Richtung verbraucherfreundlicher werden? Was kann die BEW als Berliner Betrieb eigentlich dazu beitragen? – Ich mache jetzt hier Schluss, auch wenn ich noch mehrere Fragen habe, aber die können wir auch mal bilateral klären, Herr Feuerherd. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann ist Kollege Valgolio für Die Linke dran.

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von meiner Seite an die Anzuhörenden, vor allem an Sie, Herr Dr. Skopp, für den Bericht aus Betroffenenperspektive, das finde ich eine gute Ergänzung, dass wir uns auch mal anhören, wie das bei den Menschen ankommt, die am Ende zahlen! Also vielen Dank dafür! – Meine Fragen sind ein bisschen banaler. Der Kollege Taschner hat ja schon die ganzen Fachfragen gestellt.

Einmal haben wir gehört, dass die Hauptregulierungsleistung natürlich vom Bund geleistet werden muss, möglicherweise sogar eher in Brüssel. Aber auch Berlin hat ja eine Zuständigkeit, nach § 27 EWG ist bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe die Regulierungsbehörde eingerichtet worden. Vielleicht können Sie uns mal berichten, wie im Moment die Regulierungstätigkeit läuft, was Sie genau machen. Das wäre meine Frage an den Senat und natürlich dieselbe Frage auch an alle Anzuhörenden, wie Sie die bisherigen Vorbereitungen und Regulierungsbemühungen auf Landesebene einschätzen. – Das ist meine erste Frage.

Zweite Frage, wir haben jetzt von Transparenz gehört, Herr Dr. Mennel hat viel dazu gesagt, wie wichtig Transparenz wäre, also dass die Anbieter über die Zusammensetzung ihrer Kosten Transparenz herstellen müssen. Jetzt ist meine Frage: Wenn wir da höhere Transparenzvorgaben hätten, inwiefern würde das direkt zu regulierteren Preisen führen? Müsste man da nicht auch noch zusätzlich regulatorisch oder gesetzgeberisch irgendeine Regelung dazu schaffen, in der Art, die den Anbietern vorgibt, vereinfacht gesagt, nur einen bestimmten Pro-

zentsatz über die realen Kosten gehen zu dürfen? Vielleicht können Sie uns das noch mal erläutern, inwiefern oder mit welchen Zwischenschritten eine höhere Transparenz wirklich auch zu besser regulierten oder niedrigeren Preisen führen könnte. – Das ist meine zweite Frage.

Letzte Frage: Investitionskosten und Höchstpreisindex, darüber haben wir etwas gehört. Ich finde das klingt sehr sympathisch, nach niederländischem Modell Höchstpreise festzulegen. Aber wenn wir tatsächlich die Situation haben, dass die Anbieter hohe Investitionskosten haben, und das haben wir vorhin ja bei Ihrer Antwort zu diesem Beispiel in Adlershof gehört, dass das auch als Begründung für die hohen Preise vom Anbieter gebracht wird, die aufgerufen worden sind, dass eben hohe Investitionskosten da sind, weil ein höherer Anteil an erneuerbaren Energien von diesem Anbieter eingespeist wird. Wenn das also so ist, dass die hohen Preise zu einem großen Teil aus den hohen Investitionskosten und hohen Kosten für erneuerbare Energie kommen, was bringt dann ein Höchstpreisindex? Oder würde ein Höchstpreisindex dazu führen, dass man die Anbieter dazu zwingen könnte, Preise aufzurufen, die ihre Investitionskosten nicht refinanzieren? Das wäre schwierig, insbesondere bei öffentlichen Anbietern. Deswegen meine Frage: Macht so ein Höchstpreisindex nicht eigentlich nur Sinn, wenn man auch die Investitionen mit regeln würde, oder mit anderen Worten – in die Richtung hatte ich auch Herrn Feuerherd verstanden –, müsste man, wenn man jetzt über Höchstpreise und eine Preisregulierung redet, nicht auch dafür sorgen, dass den Anbietern massiv von öffentlicher Seite bei den Investitionen geholfen wird? Gehört das nicht zusammen? Meine Frage an den Senat: Müssen wir, wenn wir über Regulierung oder niedrige Preise über Regulierung reden, dann nicht auch vor allem darüber reden, woher die Mittel für die Dekarbonisierungsinvestitionen für die Anbieter kommen?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann bin ich selber für die SPD-Fraktion auf der Redeliste.

Jörg Stroedter (SPD): Ich würde mal mit BEW beginnen. Herr Feuerherd, Sie haben ja einleitend gesagt, wie gut Sie jetzt aufgestellt sind. Wir als Fraktion freuen uns ja auch sehr, dass BEW jetzt beim Land Berlin ist. Das war ja von vornherein nicht zu erwarten. Wenn man die Vorgeschichte kennt, ist das schon ein großer Erfolg. Trotzdem ist es wie immer so, man muss dann natürlich auch liefern, und zwar nicht nur Wärme liefern, sondern auch entsprechend vernünftige Preise anbieten, und deshalb möchte ich jetzt gern von Ihnen wissen: Wie läuft das bei Ihnen bei der Preisgestaltung? Das Thema Höchstpreise ist ja hier schon angesprochen worden. Wie ist die Preisfestlegung insgesamt? Wie ist die Transparenz darüber, auch gegenüber den betroffenen Mietern? Das ist ja auch ein Thema, das Herr Dr. Skopp hier in seinem Beitrag als betroffener Mieter angesprochen hat. Das möchte ich von Ihnen noch einmal etwas deutlicher dargestellt bekommen.

Dann sind wir ja im Augenblick in Haushaltsberatungen. Da geht es ja um die Frage Ihrer Investitionen. Da geht es um die Frage der Kredite, die Sie aufnehmen wollen. Da geht es um die Frage, wie viel Eigenkapital wir zum Thema Klimapakt in dem Zusammenhang zuführen. Das ist also ein Riesenpaket, das da entsprechend ansteht. Wir wollen ja als Koalition Ihnen da auch Eigenkapital zur Verfügung stellen, allerdings will ich da auch in diesem Ausschuss mal sagen, in einem Verhältnis, dass Sie 20 Prozent Eigenkapital bekommen und 80 Prozent Kredit aufnehmen und nicht in einem Verhältnis, wo der Anteil des Eigenkapitals zum Kredit sich verschiebt, wo wir also das Gefühl haben, dass das mehr oder weniger eine Absicherung der Banken ist. Das will ich auch noch mal so deutlich sagen. Können Sie dann Ihren Investi-

tionsbedarf damit decken, und welche Konsequenz hat das wiederum für die Preise? Jeder Verbraucher, der daran interessiert ist, der will natürlich über die Preise etwas wissen, und es ist ja auch nicht abzustreiten, dass die Frage eines Monopols oder die Frage, wie man gefangen ist, das war ja der Begriff hier, welche Rolle das entsprechend spielt.

Da komme ich dann gleich zur Verbraucherzentrale und würde gern mal wissen: Wie sehen Sie das, Herr Kamrad, hier ist ja angesprochen worden, ob das Kartellamt mehr Zuständigkeiten, mehr Eingriffsmöglichkeiten haben sollte? Wie ist da Ihre Position? Vielleicht können Sie das auch entsprechend mal sagen. Wie sehen Sie eine mögliche Verbesserung der Offenlegung der Preise, der Transparenz, auch Ausstiegsmöglichkeiten für den einzelnen entsprechenden Konsumenten?

Vielleicht auch von Ihnen, denn das war ja sehr interessant, mal jemand anderen zu hören, der gar nicht in einer der entsprechenden Organisationen hier sitzt, sondern – so habe ich Sie verstanden, Herr Dr. Skopp – als Mieter und als jemand, der sich damit beschäftigt hat, dass Sie vielleicht auch noch mal dort entsprechend Ihrerseits sagen, wie Sie diese Stellungnahme der Verbraucherzentrale bewerten.

Was die dena betrifft, ist natürlich auch die Frage der Positionierung der dena zu dem Thema generell, insbesondere welche Möglichkeiten Sie hier in Berlin jetzt sehen, mit Hilfe der BEW jetzt in der Rekommunalisierung weitere Dinge zu erzielen, a) im Sinne von Dekarbonisierung, aber b) auch im Sinne von weiterhin günstigen, stabilen Preisen. Wir haben ja bei anderen Rekommunalisierungen schon bewiesen, dass das möglich ist. Ich erinnere an die Wasserbetriebe, und ich erinnere auch an den Strompreis entsprechend. – Das soll es von meiner Seite mal als Fragen und Stellungnahme sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann gehe ich wieder zurück in die Rolle des Ausschussvorsitzenden, und die AfD-Fraktion ist mit Herrn Hansel dran.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Die Berliner Fernwärme ist ja der zentrale Punkt auf dem Weg zur Klimaneutralität. Herr Dr. Taschner hat es ja angesprochen, ohne das geht da gar nichts. Wenn man sich das anguckt, sagen ja tatsächlich die aktuellen Preisentwicklungen als auch die technische Zusammensetzung des Fernwärmenetzes, dass der Übergang zu klimafreundlichen Quellen bislang kaum stattfindet und die Kostenbelastung für die Haushalte dramatisch steigt. Laut Berichten der FAZ sehen 82 Prozent der deutschen Stadtwerke die Investitionskosten der Fernwärmewende als zu hoch an, viele Kommunen seien substanziell am Limit, ist ja bekannt, und die Berliner Zeitung berichtete unter der Überschrift „Berlin und der Heizkostenschock“, dass rund 200 000 Berliner Haushalte inzwischen in Energiearmut leben. Ich selbst bin ja auch Mieter und habe auch eine Verdopplung der Kosten bekommen, bei geringerem Verbrauch 2021/2022 eine Verdopplung der Kosten, da bin ich also nicht allein. Das ist ein Riesenproblem. Ich kann es mir leisten, wenn man es dann auch dem Vermieter stundet, aber andere können es sich eben nicht leisten.

Gleichzeitig zeigt die Analyse des Social-Media-Kanals Blackout News, übrigens sehr interessant, sollte man mal wieder draufgucken, unter dem Thema „Mogelpackung Fernwärme 2025“, dass viele Wärmenetze bundesweit als klimaneutral etikettiert werden, obwohl sie weiterhin überwiegend fossil betrieben werden, das Thema Green-Washing wurde angepro-

chen. Das ist in Berlin auch so. Vor dem Hintergrund könnte ich hier viel darüber reden, dass die Wärmewende, so wie sie angelegt ist, nicht funktioniert und auf utopischen Zielen beruht, aber das lasse ich jetzt mal sein, sondern stelle die konkreten Fragen in dem Kontext.

Der erste Kontext ist Kostenwahrheit und Preisentwicklung. Wie hoch ist der – wenn Sie, Herr Feuerherd, das vielleicht nicht ganz konkret, präzise beantworten können, dann kann man ja gucken, ob Sie das nachreichen – aktueller Anteil des Berliner Fernwärmepreises, der direkt auf gestiegene Gasimporte, insbesondere LNG, zurückzuführen ist, und wie hat sich dieser Anteil seit 2021 entwickelt? Es wäre schön, wenn Sie nachvollziehbar darlegen können, welche Beschaffungskostensteigerungen, Netzumlagen oder Preisbestandteile auf fossile Energieträger zurückgehen. Wir haben ja gerade gesehen, dass das bei uns in Deutschland offenbar nicht so funktioniert, in Österreich von der Aufteilung her ja.

Dann bezieht sich die zweite Frage auf das, was Herr Stroedter angesprochen hat, Investitionsbedarf und Eigenkapitalausstattung: Im Haushalt sind da ja 300 Millionen und 250 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren vorgesehen, aber welche Gesamtsumme an Investitionen plant die BEW bis 2030 für die Dekarbonisierung des Erzeugerparcs und den Netzausbau? Über welches Eigenkapital verfügt die BEW derzeit, um diesen Investitionsplan umzusetzen? Ist zur Finanzierung eine zusätzliche Eigenkapitalzuführung über die geplante durch das Land Berlin hinaus oder die Aufnahme weiterer Kredite erforderlich?

Dann der Komplex technologischer Realismus: Welche großskaligen Projekte zur Nutzung von Geothermie, Abwärme, Großwärmepumpen oder Wasserstoff sind derzeit tatsächlich – also nicht irgendwann mal –, sondern tatsächlich in Umsetzung, und welchen Anteil an der Berliner Gesamtwärmeerzeugung werden diese real bis 2030 in Prozent einnehmen?

Viertens, die soziale Belastung und Preisstabilität: Welche Maßnahmen plant die BEW, um Mieter und Eigentümer in Berlin vor weiter steigenden Wärmepreisen zu schützen – die Frage geht aber auch an den Senat –, insbesondere in den Gebieten, in denen nach Wärmeplanungsgesetz ein Anschlusszwang vorgesehen ist? Wie bewertet die BEW die sozialen Folgen der Wärmewende für einkommensschwache Haushalte?

Letztlich zum Thema Wasserstoff, also grüne Basisstoffe und Glaubwürdigkeit der Dekarbonisierung: Die BEW bewirbt die Berliner Fernwärme öffentlich als klimafreundlich, tatsächlich stammen nach aktuellen Angaben über 80 Prozent – nicht 50 Prozent, wie der Staatssekretär sagt –, sondern 80 Prozent der eingespeisten Wärme weiterhin aus fossilen Quellen, vor allem aus Erdgas und Müllverbrennung. Daher die zentrale Frage: Welche physisch nachweisbaren grünen Basisstoffe plant die BEW bis 2030 in nennenswertem Umfang in das Berliner Fernwärmenetz einzuspeisen, und wie will die BEW sicherstellen, dass die Dekarbonisierung nicht nur rechnerisch, also über Zertifikate und Bilanzierung, sondern tatsächlich durch reale Substitution fossiler Wärmequellen erfolgt? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann will ich noch mal darauf hinweisen, dass jetzt als Nächster Dr. Efler für Die Linke dran ist. Ich hatte schon einleitend gesagt, dass er hier heute zusätzlich im Ausschuss ist, aber als Experten würde ich ihm gern die Möglichkeit geben, dass er hier sprechen kann. – Ich sehe auch keine Einwände. – Dann, Herr Dr. Efler, haben Sie das Wort.

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, mal wieder im Wirtschaftsausschuss zu sein. Es war immer ein bisschen schwierig, bei solchen Themen nach der AfD zu reden, aber kriegen wir irgendwie schon hin. – Also erst mal habe ich ja heute Vormittag schon mal die Koalition beim Baumentscheid gelobt. Ich kann gleich damit weitermachen. Die Entscheidung, die Fernwärme zu rekommunalisieren, war eine völlig richtige, die wir auch als Rot-Rot-Grün schon vereinbart hatten, die dann aber von SPD und CDU umgesetzt worden ist. Es ist einfach eine wahnsinnig riesige Chance, die wir mit diesem riesigen Unternehmen haben, hier umzusteuern. Natürlich ist hier nicht alles gut, das wissen wir auch, das ist auch nichts Neues, und dass sich ausgerechnet die AfD über den erneuerbaren Anteil an der Fernwärme Sorgen macht, finde ich so etwas von albern und kaum ernst zu nehmen.

Ich will aber mal darauf verweisen, dass wir in anderen Ländern, wenn wir mal nach Skandinavien gucken, häufig einen sehr hohen Anteil von Fernwärme an der Energieversorgung haben, wo Wärmenetze eine zentrale Rolle bei der Dekarbonisierung spielen, wo sie häufig in kommunaler Hand sind, wo ich selten höre, dass jetzt riesige Probleme da sind, und wo, glaube ich, niemand das großartig hinterfragt. Damit hat man natürlich auch schon etwas früher angefangen, und vielleicht lohnt es sich, auch immer mal wieder auf diese positiven Beispiele, die es in anderen Teilen Europas und teilweise auch anderswo gibt, hinzusehen – das vorausgeschickt!

Aber natürlich sind auch wir der Meinung, dass man natürlich die Fernwärme, weil es auch ein Monopolbereich ist und weil da auch sicherlich Herausforderungen sind, regulieren muss, gar keine Frage. Ich will den Fokus aber eher auf die landesweiten Regulierungsmöglichkeiten legen. Wir haben jetzt viel zu den bundesweiten Möglichkeiten gehört, aber als Landesparlamentarier ist es, glaube ich, ja vielleicht für uns noch ein bisschen anschaulicher zu gucken, was wir denn in Berlin machen können. Da will ich erst mal feststellen, die Enquete-Kommission, die wir ja vor einigen Wahlperioden hier eingesetzt hatten, hatte auch eine landesweite gesetzliche Regulierung empfohlen, und wir haben eine landesweite gesetzliche Regulierung im Energiewendegesetz. Mein Kollege hat ja schon zum Status quo bei der Regulierungsbehörde gefragt. Ich würde noch mal ein bisschen tiefer reingehen und zunächst mal den Senat fragen: Wir haben ja eine Regelung, dass mindestens alle fünf Jahre eine Prüfung der Verbraucherpreise für Fernwärmekunden erfolgen soll, § 27 Energiewendegesetz. Die fünf Jahre sind, glaube ich, noch nicht rum, aber bald. Deswegen würde uns mal interessieren, inwieweit sich der Senat denn darauf vorbereitet, wie da dann auch vorgegangen wird. Was wir vorhin gehört haben, waren ja auch durchaus Hinweise – und das will ich voll unterstützen –, die bundesweite Förderung für Fernwärmedekarbonisierung mit Berliner Möglichkeiten zu befördern, wie weit sind Sie da tätig? Ich weiß, dass Ihnen das durchaus ein Anliegen ist, aber ich würde es gern noch mal hören und vielleicht auch eine Einschätzung, wie weit da auf Bundesebene eine Möglichkeit besteht, wirklich diese Förderung nicht nur zu verstetigen, sondern auch zu verbessern.

Dann würde ich mal ein paar Fragen natürlich auch an die Anzuhörenden logischerweise loswerden. Ich fange mal mit Herrn Kamrad an. Sie haben ja eine Folie zum Preisvergleich aufgelegt, da war die Fernwärme ja ganz oben. Wie ist das denn einzuschätzen, wenn jetzt der Emissionshandel und die CO₂-Preise weiter steigen, müsste es ja eigentlich so sein, dass die eben nicht dekarbonisierten Energieträger, die man auch nicht so einfach dekarbonisieren kann, so wie Öl und Gas, in der Wärme eigentlich dann unter die Fernwärme vom Niveau her

rutschen müssten, auch gerade, wenn, was ja auch passieren wird, der erneuerbare Anteil in der Fernwärme immer höher – – Also so eine kleine Prognose zur Preisentwicklung würde mich interessieren.

Dann haben Sie ja gerade darum gebeten, zum Contracting vielleicht noch etwas ausführen zu können. Diese Chance will ich Ihnen gern geben, also führen Sie gern aus, was Sie zum Contracting vorhin nicht sagen konnten.

An Herrn Feuerherd gerichtet würden mich folgende Dinge interessieren – erstens: Welche Erfahrungen haben Sie bisher mit der Regulierungsbehörde hier in Berlin gesammelt, ganz konkret? Spielt das überhaupt eine Rolle für Sie? Es gibt ja da auch Sachen, wie zum Beispiel Einspeisevorrang für klimaschonende Wärme, hat das überhaupt eine praktische Relevanz? Dekarbonisierungsfahrplan ist auch ein Riesenthema, aber da sind wir ja mittendrin, das ist vielleicht noch zu früh, dazu konkret etwas zu sagen. Mich würde natürlich auch interessieren, wie Sie mit den Festlegungen im Landeshaushalt so weit zufrieden sind, auch mit diesen Eigenkapitalzuführungen und den Hebelungsmöglichkeiten? Dann ein interessantes Thema, das geht jetzt nicht so sehr in Richtung Preisregulierung, aber der Anschluss- und Benutzungszwang ist ja nun auch ein so klassisches Regulierungsinstrument, auch in der Wärme, auch bei anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das ist nicht so sehr beliebt, das ist mir schon klar, aber es kann durchaus effektiv sein. Ich will auch nur eine Frage stellen: Was halten Sie von diesem Instrument? Wir haben da in Berlin ja auch durchaus Möglichkeiten. Wie weit könnte das denn zum Beispiel Ihre Arbeit auch hier und da erleichtern? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann haben wir für Bündnis 90/DieGrünen Frau Kollegin Bozkurt.

Tuba Bozkurt (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte bei ein paar Punkten ansetzen, die die Kollegen gerade schon gemacht haben. Zum einen das mit den gestiegenen Verbraucherpreisen, über die mein Kollege Valgolio auch gesprochen hatte, dass ja die Preiserhöhungen oft mit Dekarbonisierungsinvestitionen begründet werden. Sollte man da als Senat oder auch als Parlament nicht schauen, ob man diese Investitionsbemühungen vielleicht unterstützt, ob es darüber Maßnahmen geben könnte? Aber eben auch die Frage, ob die Amortisierungszeitpläne vielleicht gestreckt werden könnten, gerade bei landeseigenen Betrieben ist das jedenfalls eine Fragestellung, die sich mir stellt.

Verschiedentlich haben wir jetzt auch den Punkt der Transparenz gehört. Da ist für mich die Frage auch an Herrn Kamrad aus Verbrauchersicht, ob die Transparenz bei Einspeiseverträgen und der Preisregulierung im Fernwärmesektor verbessert werden kann und vor allen Dingen, welche Auswirkungen das hat, ob das so einen Druck erzeugen kann, wenn die Öffentlichkeit über die Transparenz, die geschaffen werden sollte, ein Verständnis entwickelt.

Sonst interessiert mich die industrielle Einspeiseseite. Dahin gehend habe ich eine Frage an Herrn Feuerherd: Welche Erfahrungen bestehen bisher bei der Ausgestaltung von Einspeiseverträgen zwischen BEW und Industriepartnern, und wo sehen Sie Hemmnisse etwa in der Vertragsgestaltung, Preisbildung und auch in Haftungsfragen?

Noch eine Frage an Herrn Mennel: Welche regulatorischen und marktwirtschaftlichen Hemmnisse sieht die dena aktuell für die Einspeisung industrieller Abwärme in Fernwärmenetze, und wie könnten diese aus Ihrer Sicht durch neue Marktrahmen überwunden werden? Ich weiß, das eröffnet eine neue Diskussion, aber das wäre für mich jedenfalls aus industriepolitischer Sicht noch mal ein interessanter Punkt.

Eine letzte Frage, auch in Ihre Richtung noch mal, Herr Dr. Mennel: Welche Weiterentwicklungen der Preisregulierung für Fernwärme hält die dena speziell hinsichtlich industrieller Einspeise- und neuer Geschäftsmodelle für notwendig? – So weit, danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann der Kollege Schenk für die CDU-Fraktion!

Olaf Schenk (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für Ihre Statements oder Einführungsvorträge! Zwei, drei kleine Fragen habe ich. Ich glaube, Herr Feuerherd war es, der vorhin sagte, dass, wenn man zurückguckt, viel Vertrauen bei den Kunden verlorengegangen ist. Wie soll denn dieses Vertrauen wiederkommen? Da sehe ich im Moment erst mal schwarz, wenn alle sagen: Bloß keine Fernwärme! – Wir haben es von Herrn Skopp gehört, die Preise haben sich in den letzten fünf Jahren verfünffacht. Also jeder, der die Möglichkeit hat zu wählen, wird ja in dem Moment sagen: Ich möchte keine Fernwärme haben. – Das heißt, da liegt ja ein mächtiger Schritt vor Ihnen, wenn Sie sagen, dass Sie Vertrauen zurückgewinnen wollen, das hängt ja eigentlich mit den ganzen anderen Fragen zusammen, wenn man sagt: Wie kann man Transparenz schaffen? Aber wie soll in dem Fall dann auch das Vertrauen zurückgewonnen werden?

Eine weitere Frage: Besteht für die ganzen Eigenheimbesitzer auch irgendwann eine Möglichkeit des Anschlusses? Ist so etwas geplant, oder ist es einfach so, dass man sagt, lohnt sich nicht, ist zu teuer und von daher muss man die außen vor lassen? Wie ist da die Denkweise bei Ihnen? Ansonsten die einzige weitere Frage: Wie kann man eventuell eine Konkurrenzsituation schaffen, um vielleicht auch die Preise besser hinzubekommen? Ich meine, wir hatten es früher bei der Telekom, wir hatten es bei den Stromnetzen. Das hat alles mal einem gehört. Gibt es da Ideen, dass man sagt, wir haben jetzt mehrere Anbieter, und man kann den Fernwärmeanbieter auswählen, oder ist man sozusagen weiterhin gefangen und kann nur den nehmen, der einem dann auch den Preis am Ende vorschreibt? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann habe ich erneut den Kollegen Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Herr Dr. Efler, ich wollte doch vielleicht noch mal kurz eine Replik zu Ihnen geben. Dass Sie ausgerechnet auf Norwegen kommen, das ist nun das absolute Gegenmodell, und das kann gar nicht anders sein, weil Norwegen Wasserkraft hat. Sie wissen das, 1 600 Wasserkraftwerke, zusammen 140 Terrawattstunden pro Jahr, und 70 Prozent der norwegischen Haushalte heizen mit Strom, meist über Direktheizungen, und durch die günstige Wasserkraft ist ja elektrisches Heizen preislich konkurrenzfähig und dann natürlich klimaneutral. Das ist eine völlig andere Voraussetzung und hat mit unserer Realität überhaupt gar nichts zu tun.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Liebe Kollegen, wir wollen jetzt gern in die Beantwortung einsteigen. Weitere Wortmeldungen liegen jetzt im Augenblick nicht vor. Wir haben uns jetzt so verständigt, dass erst die Anzuhörenden antworten und dann der Senat eine entsprechende Stellungnahme abgibt. – Dann, Herr Feuerherd, sind Sie jetzt als Erster dran zur Beantwortung der offenen Punkte und Fragen.

Christian Feuerherd (BEW): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Fragen! Ich bin ja gar nicht sooft adressiert worden zu Fragen, zu denen ich gern etwas gesagt hätte, aber vielleicht ergibt sich das noch später im Gespräch.

Ich will vielleicht eines vorwegschicken: Dieses Monopolargument schwingt immer mit und dass es keinen Wettbewerb gäbe. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Das ist falsch. Fernwärme steht sehr wohl in einem Wettbewerb, jeden einzelnen Tag. Wenn das anders wäre, dann würden schon länger viel mehr Gebäude in Berlin angeschlossen sein. Diese Entscheidung kann jeder Gebäudeeigentümer heute für sich treffen und hat es auch in der Vergangenheit getan. Trotzdem hat sich die Fernwärme einerseits aufgrund ihrer preislichen Strukturen, wir haben das in den Grafiken gesehen, überwiegend durchsetzen können. Warum? – Die Grafiken, die wir hier gesehen haben, endeten 2024, die Fernwärmepreisänderungsklauseln, die haben immer so einen kleinen zeitlichen Nachlauf. Das heißt, wenn die Gaspreise im Zuge der Ukraine Krise hochgehen, dann bleiben die Fernwärmepreise noch länger stabil, und dann geht das erst ein Jahr später los, und diesen Effekt hat man hier gesehen. Im langfristigen Preisvergleich brauchen wir uns als Fernwärme gegenüber den anderen Energieträgern nicht zu verstecken.

Zweitens: Auch hier – und das wollte ich noch mal sagen – ist wichtig zu verstehen, dass dieses Argument: Hat es genug erneuerbare Energien in der Fernwärme? – im Moment für Berlin mit 6 Prozent – – Das kann man mit Nein beantworten. Ich wünsche auch, das wäre mehr. Es ist trotzdem die energieeffizientere Lösung. Natürlich ist sie das. Denn wir verbrennen hier in Berlin, selbst wenn wir Gas in der Fernwärme in einer Kraftwärmekopplungsanlage verbrennen, dann machen wir das mit einem hohen Wirkungsgrad nahe 90 Prozent, erzeugen Strom und Wärme gekoppelt, und die CO₂-Fracht, die auf die Wärme – jetzt kann man über das Verteilungssystem trefflich streiten – entfällt, ist natürlich deutlich kleiner als bei jeder Gastherme, die im Keller eines Hauses hängt. Also ja, fossiler Brennstoff, aber sehr viel effizientere Nutzung!

Das ist die Erfolgsgeschichte der Fernwärme. Deswegen hat sie immer einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet und macht das auch weiterhin. Das war mir noch mal wichtig, das vorweg zu sagen.

Dann zu den einzelnen Fragen, die mich erreicht haben. Herr Dr. Taschner, Sie fragten: Brauchen wir diese Universalschlichtungsstelle – ich habe viel über Preistransparenz geredet, und das ist mir auch wirklich ein Anliegen –, oder gibt es nicht individuell bessere Lösungen? – Ich habe jetzt vielleicht auch so ein bisschen als AGFW-Vorstand gesprochen, denn wenn ich in Deutschland alle darunter versammeln will, und darum geht es mir, dass wir eine übergreifende Transparenz herstellen, dann brauchen wir eine übergreifende Preistransparenzplattform einerseits, und wir brauchen auch eine Universalschlichtungsstelle, die nach gleichen Standards alle gleich misst und für alle gut erreichbar ist. Wenn jeder anfängt, seine eigene Suppe zu kochen, dann kann das auch wieder schwierig werden, und dann versammeln wir vielleicht doch nicht alle hinter dieser Idee.

Dann war die Frage nach der verbraucherfreundlichen Preistransparenz, wie wir die herstellen. – Da kann ich mit Fug und Recht sagen, die BEW als Ihr Landesunternehmen ist vorbildlich seit vielen Jahren gerade in dieser Frage. Wir haben in den frühen Jahren angefangen, eine Preistransparenzplattform selber zu erstellen. Wir haben Erklärvideos zu dem Thema gemacht, als es das gerade gegeben hat. Also das ist uns immer ein Anliegen gewesen. Fernwärme wird manchmal ein bisschen kritisch konnotiert. Ich verstehe das dem Grunde nach, spezifisch für Berlin, weil wir auch beispielgebend beim Thema Preisänderungsklauseln sind, das heißt, wir haben immer die modernste und zukunftsweisendste Preisänderungsklausel gehabt und damit auch eine Verbraucherfreundlichkeit hergestellt, wo es erforderlich war. Wir sind ein Unternehmen, das 50 Prozent Marktelement in der Formel hat, und wir haben seit diesem Jahr auch den Wärmepreisindex, den der Bundesgerichtshof angeregt hat, als Marktelement aufgenommen. Insofern tun wir viel dafür, diese Preistransparenz herzustellen, auch weil wir uns Stakeholdern und Kundendialogen stellen mit aller größter Regelmäßigkeit, viel erklären, viel für Aufklärung tun, weil wir uns als großes System für die Fernwärme in Deutschland mitverantwortlich fühlen.

Dann gab es Fragen zur Regulierungsbehörde. Wirkt die sozusagen auf uns? – Ja, das tut sie. Es gibt weniger Anfragen, aber es gibt sie. Es gibt mehr Anfragen von der Landeskartellbehörde. Das ist tatsächlich ein Thema, das auch so ein bisschen einzahlt auf die Frage: Gibt es einen Ort, an den sich ein Mieter oder eine Mieterin wenden kann? – Ja, den gibt es. Auch die BEW bekommt genau diese Anforderungen, also dieses System funktioniert und wird genutzt.

Herr Stroedter, Sie fragten zum Thema Preise: Wie läuft die Preisgestaltung? – Die Fernwärmepreise, das wissen Sie alle, entwickeln sich gar nicht so sprungfix, wie wir das manchmal insinuierten, wenn wir fragen: Na ja, wie geht es denn jetzt mit den Investitionen auf die Preise? –, sondern die Preisänderungsklauseln sorgen dafür, dass beide Parteien, Gebäudeeigentümer, Fernwärmeversorger, eine Planbarkeit haben. Diese Indizes sind fest verabredet, und ja, ich stimme Ihnen zu, die versteht der Normalbürger überwiegend eher nicht. Das sind Riesenformeln. Da braucht es einige Zeit, um dahinter zu steigen. Ich habe gesagt, wir kümmern uns darum, dass wir die erklären, dass wir die Formeln einfacher machen, und wir stehen auch für kurze Laufzeiten. Wir sind ein Unternehmen, das gerade das, was Sie vorhin gefragt und gefordert haben, auch tut. Wir sind weg von diesen Zehnjahreslaufzeiten und bieten unseren

Kunden mittlerweile sehr viel kürzere Laufzeiten an, sodass also auch ein Wechsel letztlich möglich wird.

Ihre zweite Frage, Herr Stroedter, ging in Richtung Eigenkapital, angemessenes Verhältnis. – Ich habe vorhin als Einleitung gesagt, der BEW, Ihrem neuen Landesunternehmen, geht es gut. Wir stehen gut da, und das hat auch mit Ihnen, mit dem Land Berlin zu tun. Ja, wir sind wirtschaftlich kräftig, aber wir haben eben auch eine gute Unterstützung durch das Land Berlin. Warum ist das wichtig? – Das ist deswegen wichtig, weil sich darüber die Refinanzierungskonditionen bestimmen. Das heißt also, je stärker erkennbar das Commitment des Landes Berlin für eine Bank oder eine Ratingagentur ist, umso besser sind die Konditionen. Wenn Sie sich überlegen, dass wir – ich beantworte gleich eine Frage mit, die Sie gestellt haben – 3,5 Milliarden Euro an Investitionen bis 2030 planen, können Sie sich vorstellen, dass jeder Basispunkt zählt, richtig Geld ist und darüber auch einen Beitrag zur Bezahlbarkeit der Wärme bei den Mieterinnen und Mietern leistet. Insofern ist das für uns wichtig. Unsere Zielgröße ist, dass wir einen Anteil von mehr als 30 Prozent Eigenkapital an der Bilanzsumme haben, um in dieser Bandbreite der Unternehmensbewertung von Moody's und Fitch, das sind die beiden Agenturen, die uns gerade geratet haben, bleiben zu können und diese günstigen Refinanzierungskosten am Markt auch erzielen können. Gutes Rating, gute Preise, genau!

Dann ist vielfach von der AfD-Fraktion die Kritik an der Klimaneutralität angesprochen worden. – Ich habe, erstens, gesagt, Fernwärme war immer ein Ermöglicher von klimaschonenden, ressourcenschonenden Wärmeversorgungs Lösungen, und dazu stehe ich weiterhin. Trotzdem haben wir zu wenig erneuerbare Energien im Berliner System. Das zeigt auch, wie unterschiedlich die Systeme sind. Der deutschlandweite Durchschnitt liegt bei 23 Prozent erneuerbare Energien, in Berlin haben wir 6 Prozent. Das ist auch zu erklären mit der Stadt Berlin, mit der Industrie, die hier angesiedelt ist. Das ist eben anders als in Hamburg, wo es eine Aurubis gibt, wo es mehrere Abfallverbrennungsanlagen, wo es einen großen Hafen gibt, oder München, wo es andere Voraussetzungen gibt.

Wir machen hier in Berlin das Beste aus den Voraussetzungen, die wir haben, und die sind vor allen Dingen gut an der Stelle, wo wir dieses große Fernwärmesystem haben. Das haben viele andere eben nicht und müssen das erst aufbauen, das heißt, unser Weg nach vorne bis 2030 ist in einem Dekarbonisierungsfahrplan aufgeschrieben worden. Der ist veröffentlicht worden und befindet sich aktuell unter Bürgerbeteiligung und unter Beteiligung von verschiedenen Partnern auch hier am Tisch in einer Überarbeitung. Da haben wir ein öffentliches Dialogverfahren, und in diesem Verfahren zeigen wir, wie wir bis 2030 eine 40-Prozent-Quote erneuerbarer Energien hinbekommen und bis 2045 die Klimaneutralität. Insofern muss ich mich auch gegen das Argument des Green-Washings verwehren, weil wir alles in unserer Kraft Stehende tun, und wir würden noch mehr tun. Das hat häufig auch regulatorische Grenzen, ganz häufig aber auch physikalische Grenzen. Selbst wenn ich heute noch zehn weitere Großwärmepumpen anschließen wollte, ginge das nicht, weil wir die Kapazitäten im Moment im Stromnetz nicht haben, das heißt, es braucht eine gewisse Zeit, bis die da sind, und dann rüsten wir das nach, das heißt, das ist eine Entwicklung auf der Zeitachse. Ich bin zuversichtlich, dass wir alle unsere Ziele erreichen können.

Welchen Einfluss haben Gas und Nebenkosten auf die Preisentwicklung? – Die haben einen Einfluss dadurch, dass sie Teil der Preisänderungsklauseln sind. Es gibt dort auch entsprechende Bestandteile insbesondere im Kostenelement, was gar nicht intransparent ist in Berlin,

sondern wir erklären das wie die Österreicher in jeder Rechnung. Wo kommt denn das eigentlich her? Welcher Anteil ist darin? Man sieht in der Preisänderungsklausel auch, welchen Anteil jeder Brennstoff hat. Deswegen braucht es auch kurze Vertragslaufzeiten, dass wir mit Brennstoffwechseln, mit einer stärkeren Elektrifizierung auch die Indizes wechseln können, und da kann man erkennen, welchen Einfluss Gas und Nebenkosten von Gas auf die Preisentwicklung haben. Übrigens ist die Antwort eine gedämpfte. Preisänderungsklauseln in der Fernwärme dämpfen diese Entwicklung, die wir bei so einer singulären Brennstoffanspruchnahme eigentlich hätten.

Tiefe Geothermie ist ein Herzensthema von uns und auch vom Senat. Wir sind heute noch nicht so weit, dass ich ganz präzise sagen könnte, wie viel es werden wird. Ich kann Ihnen eines sagen: Wir haben in unserem eigenen Dekarbonisierungsfahrplan, in dessen Zielbild, etwas mehr als eine Terrawattstunde Wärmearbeit aus tiefer Geothermie. Das sind fast 8 Prozent des Gesamtberliner Wärmebedarfs, der mit Fernwärme gedeckt wird, und das ist etwas, von dem ich mir wünsche, dass wir es erreichen und noch mehr. Bis 2030 werden wir diesbezüglich keine nennenswerten Erfolge derart zeigen können, als dass geothermische Projekte eine Laufzeit zwischen acht und zehn Jahren haben, also selbst wenn man gut vorbereitet ist. Wir machen gerade in Berlin eine 2D-Seismik, bereiten uns auf eine 3D-Seismik vor. Wir haben die Standorte identifiziert, die Partner identifiziert und wollen da gerne Vollgas geben.

Was tut die BEW für soziale Preise? – Da kann ich Ihnen einen Ausblick geben, weil Sie das verschiedentlich auch gefragt haben. Sie haben es auch von Herrn Kamrad von der Verbraucherzentrale gehört. Wir liegen im Mittelfeld mit unseren Preisen, und das ist auch gut so. Wir tun vor allen Dingen aufbau- und ablauforganisatorisch viel dafür. Wir haben für das gesamte Jahr 2026, alle Brennstoffe, die wir in diesem Jahr brauchen, schon eingekauft. Wir haben den Strom, den wir perspektivisch verkaufen werden, schon verkauft, sodass wir mit dieser klugen und weitsichtigen Herangehensweise heute schon sagen können, dass die Preissteigerung in der Berliner Fernwärme im nächsten Jahr leicht unter 2 Prozent liegen wird. Das sind 20 Euro pro Durchschnittswohnung, die wir hier gesehen haben. Ich finde, das ist das, was wir machen können. Wir können klug agieren als Unternehmen. Wir können dem Thema eine große Aufmerksamkeit geben, und das tun wir auch, und wir setzen uns dafür ein, dass die entsprechenden Fördermittel kommen und auch effizient eingesetzt werden.

Herr Efler, Sie haben zum Thema Erfahrung mit der Regulierungsbehörde gefragt. – Ich habe das beantwortet. Die Regulierungsbehörde an sich, das ist eher überschaubar, stärker die Landeskartellbehörde. Das funktioniert, und das ist auch das, was ich sage beim Thema Preisregulierung. Ich habe mehrfach erlebt, nicht in der BEW, aber bei Marktbegleitern, dass auch das Bundeskartellamt da ein sehr scharfes Schwert führt, was zu drastischen Strafen und auch nachträglichen Korrekturen von Preisen geführt hat.

Beim Thema Einspeisung brauchen wir gar keine Regulierung. Da mache ich die Türen weit auf und lade jeden ein. Es gibt nicht dieses Potenzial in dem Umfang, in dem wir es uns wünschen würden, und wenn wir es dann haben, dann sind das häufig hochindividuelle Verhandlungen, die wir führen müssen, weil die Quellen superunterschiedlich sind, wir aber ein eigenes Team haben, das sich nur darum kümmert. Was zukünftig bedeutsamer wird, das kann ich in Aussicht stellen, ist, dass wir Berlin und Brandenburg stärker zusammendenken, weil wir gerade im näheren brandenburgischen Umland doch einige Abwärmequellen identifiziert ha-

ben, die dort vor Ort nicht verwendet werden können, wohl aber in Berlin. Das ist ein Thema, das wir uns ganz intensiv angucken, lernen, wieder lange Leitungen zu bauen, aber da, wie gesagt, brauchen wir auf diese Weise regulatorisch keine Unterstützung, sondern da ist es eher so, dass wir die Anbieter suchen, die einspeisen wollen, und alles dafür tun, dass es auch dazu kommt.

Anschluss- und Benutzungszwang war noch eine Frage, Herr Efler. – Ich sage es Ihnen ganz persönlich: Ich halte mehr von Anreizsystemen und positivem Aufladen von Themen als von dieser Art von Zwang. Es gibt Ausnahmen bei neuen Stadtentwicklungsgebieten wie Blankenburger Süden. Wenn man den jetzt mal heranzieht, würde ich sagen, es ist gut, von vornherein eine Beheizungsart festzulegen, und dann sagt man: Da wird beispielsweise ein Nahwärmenetz aufgebaut, und dann muss die Stromnetz Berlin GmbH nicht dafür sorgen, dass noch 100 Leute eine Wärmepumpe bekommen, sondern dann sorgt man dafür, dass gleich eine erneuerbare Lösung, aber eben nur eine, dort errichtet und verteilt wird.

In allen anderen Fällen glaube ich, dass wir zum einen wettbewerblich gut unterwegs sind. Die Fernwärme ist weiterhin ein gewolltes Produkt, und ich würde eher dazu raten, dass wir Anreizsysteme schaffen, wie das von mir in meinem kurzen Beitrag angesprochene Gründungskapital beim Anschließen oder Vorbereiten von Häusern auf einen späteren Fernwärmeanschluss, dass wir da mit zins- und tilgungsfreien Darlehen unterstützt werden, damit jedes Gebäude schon vorab angeschlossen wird. Das fände ich positiver, als jemanden zu zwingen. Das sorgt eher für Ablehnung und dafür, dass wir das ganze Projekt Wärmewende gefährden. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung, sondern darauf schauen wir als Unternehmen und auch als Branche.

Transparenz bei Einspeisung, das hatte ich schon kurz gesagt. Haben wir Erfahrung beim Verhandeln mit Einspeiseverträgen? – Ja, wir haben so etwas in der Vergangenheit schon gemacht. Ein prominentes Beispiel ist die BSR. Da nutzen wir aus der Abfallverbrennungsanlage in Ruhleben den überschüssigen Dampf, wandeln den in Reuter-West in elektrische Energie und Fernwärme um. Das haben wir, und da waren wir noch nicht Schwestern im städtischen Verbund, ganz wunderbar miteinander hinkommen. Wir haben so ein paar schöne Leuchtturmprojekte mit der KPM in Berlin-Charlottenburg, wo wir die Abwärme aus dem Brennvorgang nutzen. Also ja, wir haben diese Erfahrungen. Wir haben ein eigenes Team, eigene Kapazitäten, um mit diesem Thema einen Umgang zu finden.

Herr Schenk, Sie haben gefragt: Sagen Sie mal, Herr Feuerherd, wie wollen Sie das mit dem Vertrauen eigentlich machen? – Da kann ich Ihnen sagen, auch wenn wir das heute manchmal anders besprochen haben oder die Fragen das so ein bisschen unterstellt haben: Es gibt ein großes Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner in ihre Fernwärme. Wir führen regelmäßig Kundenbefragungen durch. Es gibt natürlich diesen generellen deutschlandweiten Trend, die Fernwärme gerade schlechtzureden. In Berlin sehe ich das eher nicht, jedenfalls nicht bei der BEW.

Ich sehe natürlich auch, dass kleinere Anbieter, vor allen Dingen Contracting-Lösungen der Stein des Anstoßes sind, dass wir Fälle haben wie die von Ihnen beschriebenen, Herr Dr. Skopp, wo es dann tatsächlich zu diesem Exzess, wenn man so will, gekommen ist. Das ist etwas, was den Ruf der gesamten Branche gefährdet. Deswegen mache ich mich so stark dafür, dass wir eine Preistransparenzplattform bekommen, dass wir eine Schlichtungsstelle

bekommen, dass wir also auch die schwarzen Schafe dahin zwingen, wo sie hingehören, nämlich ins Licht der Öffentlichkeit, damit das dann auch adäquat besprochen werden kann. Wir in Berlin tun als vertrauensbildende Maßnahme jede Menge, das hatte ich vorhin schon angesprochen, einerseits über unseren Außenauftritt, über soziale Netzwerke, über die Webseite, aber vor allen Dingen dadurch, dass wir mit den Stakeholdern, mit unseren Kundinnen und Kunden regelmäßig in den Dialog gehen und uns auch schwierigen Diskussionen immer wieder stellen. Ich erlebe gerade hier in Berlin die Diskussion als sehr positiv, als sehr fruchtbar und sehr vorwärtsgerichtet. Insofern glaube ich, dass es einerseits eine Berliner Perspektive gibt und andererseits eine bundesweite Perspektive, und diese bundesweite Perspektive belastet uns natürlich auch in der Wahrnehmung der Fernwärme in Berlin.

Zu den Einfamilienhäusern: Da würde ich auf die kommunale Wärmeplanung verweisen und auch auf Effizienz im Anschlusswesen. Die kommunale Wärmeplanung wird das im neuen Jahr zeigen, dass bei Einfamilienhäusern die bessere Lösung die Wärmepumpe ist und dass es da gilt, die Stromnetze auszubauen und nicht ein Fernwärmenetz da hinzubauen, wo wir Einfamilienhäuser haben. Das wäre nicht systemeffizient, und das würde dafür sorgen, dass wir Ressourcen, die wir anderweitig besser nutzen könnten, an die falsche Stelle packen würden. Davon bin ich überzeugt.

Zur Konkurrenz haben Sie gefragt: Wie geht das denn eigentlich? Kann man so eine Situation herstellen? – Ich kann das noch mal wiederholen. Ich kann Ihnen beliebig viele Beispiele benennen. Der Wettbewerb ist vorhanden. Wenn Sie sich allein die großen Projekte in Berlin über die letzten Jahre anschauen, den Siemens-Campus, das neue Gartenfeld und andere, wo wir auch städtebauliche Entwicklungsprojekte erleben, aber auch das einzelne Haus in der Straße, ist es ein richtiger Kampf, dahinzukommen, diesen Anschluss zu gewinnen. Wir haben einen Vertrieb, der kümmert sich darum und versucht, genau das zu erreichen, und das ist für uns etwas, von dem ich sage: Die Preise regulieren sich. Wir sehen natürlich die Anlegekante bei den Wärmepumpenpreisen. Die erkennen wir, und deswegen können wir es uns gar nicht erlauben, höher zu preisen als andere Konkurrenztechnologien.

Ich glaube, an allen Fragen einmal vorbeigekommen zu sein, und will nur eines noch mal sagen, weil uns das auch beschäftigt, das Thema Preisregulierung, und weil wir gerade das Thema Niederlande und Dänemark verschiedentlich gehört haben: In Dänemark gibt es keine Preisregulierung. Da gibt es eher ein Transparenzverfahren. Das deckt sich auch so ein bisschen mit unserer Vorstellung. Bei denen, die da oben rausgucken, die dreimal infolge 15 Prozent höher als der Durchschnitt gepreist haben, da entfällt dann der Anschluss- und Benutzungszwang. Das muss man auch wissen. Dänemark und auch die Niederlande haben einen Anschluss- und Benutzungszwang. Es ist nicht so, dass es alleine eine Preisregulierung gäbe, sondern es gibt eine sehr gefasste gesamthafte Regulierung, und die Niederlande, die so sehr aufs Gas gesetzt haben bei ihrer eigenen Regulierung, sind gerade nicht dabei, das auszurollen, sondern die sind eher dabei, den Rückweg anzutreten bei dieser Form der Regulierung.

Ich will Ihnen eines sagen: Wenn wir anfangen, das zu kompliziert und zu rigide zu machen, dann riskieren wir die Wärmewende, denn die Investitionen sind enorm. Die Planungsanforderungen an Planungssicherheit sind hoch, und wenn wir das riskieren, dann kann es wirklich nach hinten losgehen. Das sieht man in den Niederlanden. Da sind viele Projekte genau wegen dieser Regulierung gestoppt worden. Deswegen sind die jetzt auch wieder an dem Punkt,

da einen Schritt nach hinten zu machen und zurückzutreten. Das vielleicht noch mal als Beitrag zu dieser Frage. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann, Herr Kamrad, haben Sie das Wort!

Markus Kamrad (Verbraucherzentrale Berlin): Vielen Dank! – Ich kann auch direkt mit Ihrer Frage zum Kartellamt einsteigen. Ich glaube, es ist eine Frage, ob das Kartellamt überfordert ist. Dazu kann ich mich, ehrlich gesagt, nicht so präzise äußern, außer dass Kartellverfahren einfach sehr aufwendig und langwierig sind und insofern natürlich die Menge der Kartellverfahren immer logischerweise begrenzt ist und sie dauern. Ich würde aber gerne die Frage noch mal verstärken und versuchen, einen Input zu machen, ob das Kartellrecht überhaupt das richtige Schwert ist. Kartellrecht greift immer bei Missbrauch, und wenn wir jetzt Contracting – dazu sage ich gerne etwas – ausnehmen, ist es aus unserer Sicht manchmal eine Preisproblematik, wenn es gar keinen Missbrauch gibt, sondern aufgrund von mangelndem Wettbewerb. Das führt dann natürlich, wenn die Preise über ein bestimmtes Maß steigen, zu Akzeptanzproblemen der Fernwärme, selbst dann, wenn kein Missbrauch vorliegt, das heißt, das Kartellamt kann letztlich nur die Kosten kontrollieren und käme zu gar keinem positiven Prüfergebnis.

Das führt zu der nächsten Frage zur Transparenz: Da kann ich tatsächlich bei Herrn Feuerherd anschließen. Wenn die Plattform verpflichtend wäre, wäre es sehr hilfreich. Auch eine Schlichtung wäre eine notwendige Voraussetzung dafür, denn am Ende geht es nicht nur um den niedrigen, sondern um den angemessenen Preis, und den kann ich natürlich als Verbraucher nur dann beurteilen, wenn ich nachvollziehen kann, wie dieser Preis zustande gekommen ist. Das ist auch wichtig bezüglich der manchmal durch uns durchgesetzten zivilrechtlichen Rechtsdurchsetzung, dass da Transparenz hergestellt wird. Da muss die AVBFernwärmeV deutlich verändert werden. Sie haben aber auch die Grenze angesprochen, Herr Stroedter, nämlich die Ausstiegsmöglichkeiten, und die gibt es nicht, und wenn ich keine Ausstiegsmöglichkeit habe, dann hilft mir Transparenz, ehrlich gesagt, nur bis zu einem bestimmten Punkt. Wenn ich nachvollziehen kann, warum meine Kosten aus dem Ruder laufen, dann ist es gut, aber nicht abschließend. Das ist der Grund, warum wir dann doch für eine Preisregulierung wären.

Der Höchstpreisindex, nach dem Herr Dr. Taschner gefragt hat, ist jetzt eine Möglichkeit. Das ist nicht die Lösung, für die ich hier plädiere, die hatte ich Price-Cap genannt, aber hier wäre es zum Beispiel so, dass anhand eines Indexes, der andere Wärmequellen und die Wärmepumpe berücksichtigt, ein Höchstpreis festgelegt würde, und wenn dann ein Anbieter diesen Höchstpreis – – Den dürfte er nicht reißen. Richtig ist aber auch, dass, wenn ein Anbieter ohne Missbrauch aufgrund seiner Kostenproblematik den Höchstpreis reißt, es dann natürlich nicht sein kann, dass man den Anbieter, da es ein gewünschter Pfad der Dekarbonisierung ist – – Dann ist es die Frage der, das hatte ich vorhin versucht anzudeuten, gesellschaftlichen Verteilung der Kosten. Dann muss man wahlweise den Anbieter fördern, stärken, unterstützen beispielsweise durch Eigenkapitalzuführungen et cetera. Man muss die Verbraucher stützen. Aber auf jeden Fall stellt sich dann schon die Frage im Rahmen der Akzeptanz von Fernwärme, ob man einfach die Preise nach oben rauslaufen lassen kann. Deswegen sind wir für so einen Price-Cap durchaus sehr offen, und wenn es nicht nötig ist, dann greift es auch nicht.

Das führt uns zu der Frage – ich hätte es jetzt nicht von mir aus angesprochen – der Haushaltssituation und unserem Beratungsangebot. – Ja, es ist richtig. Stand jetzt, nach Senatsentwurf, fällt das BAUinfo der BEA, an dem wir beteiligt sind, weg, fällt „ZuHaus in Berlin“, unsere Eigenheimberatung, weg, fällt auch die Energieschuldenberatung im Osten Berlins weg, und durch die Menge der Projektstreichungen hat das auch Auswirkungen auf unseren Kernhaushalt, sodass die Verbraucherzentrale – – Wenn dieser Entwurf, das ist ein Stand, es gibt ja Haushaltsberatungen, so bleibt, würden wir am Jahresende betriebsbedingt im Rahmen der regulären Beratungsleistung kündigen müssen. Stand jetzt, nach eingereichtem Wirtschaftsplan, würden wir uns von 51 auf 28 Mitarbeitende verkleinern müssen. Das hätte natürlich Auswirkungen auf alle Beratungsangebote. Allerdings würden wir die Energiesparberatung, die über den Bund gefördert wird, in jedem Fall in vollem Ausmaß halten können.

Zur Frage des Contractings: Das ist ein bisschen eine Art Etikettenschwindel aus meiner Sicht. Da muss ich die Fernwärme in den Schutz nehmen. Das Problem ist, dass das Contracting wie Fernwärme reguliert wird. Es ist aber in den seltensten Fällen wirklich Fernwärme. Das führt dazu, dass Contracting eigentlich eine total sinnvolle Idee ist, wir sehen aber tatsächlich große Auswüchse. Das ist bundesweit bei allen Verbraucherzentralen ein häufiger Beschwerdegrund und auch ein häufiger Klagegrund. Wir klagen gegen viele Contracting-Unternehmen. Mieter sind hier doppelt betroffen, und das führt zu Ihnen, Herr Dr. Skopp. Wenn Sie Eigentümer wären, würde ich sagen: Kommen Sie vorbei, weil man natürlich dann im Rahmen der Rechtsdurchsetzung da einiges machen kann! Als Mieter ist es ungleich schwieriger. Das zeigt, ehrlich gesagt, exemplarisch die Regulierungsnotwendigkeit. Ihnen wäre geholfen, wenn verpflichtend das Marktelement stärker gewichtet würde bei diesen Angeboten. Ihnen wäre geholfen, wenn, wie die BEW es macht, die Laufzeiten der Verträge kürzer wären. Im Moment ist aber Contracting ein ganz schwieriger Fall, wo man eigentlich nur auf Einzelfallbasis zivilrechtlich vorgehen kann, wenn Sie Eigentümer sind. Als Mieter ist es in der Tat schwierig, ohne dass ich jetzt Ihren Einzelfall beurteilen kann, aber mehr kann ich dazu leider gerade nicht sagen.

Zur Frage der Preisentwicklung, die Herr Efler aufgeworfen hat: Wenn ich Preise vorhersagen könnte, wäre das toll. Grundsätzlich unterstütze ich aber die Mechanik, die Sie angesprochen haben. Es ist aus meiner Sicht zu erwarten, dass die Fernwärme im Vergleich zu Gas und Öl in den nächsten Jahren aufgrund des ETS attraktiver wird. Die Frage, die ich mir stelle, ohne dass ich sie beantworten kann, ist das Verhältnis von Fernwärme zu Technologien wie beispielsweise der Wärmepumpe. Deswegen fänden wir es auch gut, wenn in einem Höchstpreisindex in einem Vergleichswert die Wärmepumpe mitberücksichtigt wird, denn letztendlich ist das natürlich die Frage, und wenn man einmal die Frage des Anschlusszwanges streift – – Ich kann den Ausführungen mit erneuerbaren Energien durchaus etwas abgewinnen, nur, wenn ich in eine Situation, wo ich einem Verbraucher sage, du kannst leider keine Wärmepumpe, die für dich günstiger wäre, einbauen, weil – –, dann komme ich in Argumentationsschwierigkeiten. Das heißt, dieses ganze Modell funktioniert natürlich dann am besten, wenn ich es schaffe, dass der Fernwärmepreis ein konkurrenzfähiger ist, und auch das ist ein Plädoyer für Höchstpreisregulierungen, die dann natürlich – und da bin ich bei Herrn Feuerherd – – Wenn man isolierte Höchstpreisregulierungen einführt, führt das zu nichts Gutem, sondern man braucht auch einen Mechanismus, gerade bei kommunaler Fernwärmeversorgern, was passiert, wenn aufgrund der Kostenstruktur der Höchstpreis zu anderen Technologien so nicht zu halten sein sollte. Wie gesagt, wie sich die Preise entwickeln, weiß ich nicht. Aber das Gute

an einem Höchstpreisindex wäre, solange er nicht gerissen wird, passiert auch gar nichts. – Das wäre es so weit in aller Kürze. Ich hoffe, ich habe alle Fragen mindestens gestreift.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann Herr Dr. Mennel, bitte!

Dr. Tim Mennel (Deutsche Energie-Agentur): Vielen Dank! – Ich gehe jetzt auf die Fragen so ein, wie ich es mir aufgeschrieben habe. Herr Taschner, Sie hatten gefragt, ob sich jetzt tatsächlich etwas tut auf Bundesebene. – Wir stehen im ständigen Austausch mit den zuständigen Referaten, die Abteilung, der ich angehöre, die sich mit Fernwärme befasst, und alle warten ganz gespannt, wann die Ministerin beginnt, die Vorhaben der Bundesregierung aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Die Reform der AVBFernwärmeverordnung ist dort zu finden als ein Thema, genauso wie die Einrichtung einer Schlichtungsstelle. Wir hoffen, dass dann irgendwann der Startschuss kommt.

Was die Transparenz angeht, will ich hier noch mal ganz deutlich unterstreichen, was wir gerade auch schon gehört haben. Eine Transparenz auch über die verwendeten Energieträger ist die Voraussetzung, dass man überhaupt vorankommt mit etwas wie Regulierung, aber auch mit dem Vertrauen in die Branche. Wenn tatsächlich, wie es offensichtlich bei Herrn Dr. Skopp der Fall war, erhebliche Preissteigerungen zustande kommen und es gar nicht so genau erkennbar ist, woher die stammen, dann ist der Frust noch größer, als er sowieso schon ist über die Preissteigerungen an sich. Der AGFW, die VKU schwingen immer die Bürokratiekeule und wollen das alles nicht. Aus unserer Sicht ist es letztlich notwendig, um auch die Fernwärmepreiszusammensetzung besser zu verstehen. Wenn es in Österreich umsetzbar ist, sollte es auch in der Bundesrepublik Deutschland umsetzbar sein. Man kann in Österreich sehen, wie hoch die Energieträgeranteile sind, und hat dann eine Chance zu schauen: Ist denn jetzt wirklich der Kohlepreisindex oder der Gaspreisindex dafür verantwortlich, dass die Preissteigerungen kommen?

Bei den Niederlanden bin ich etwas überrascht zu hören, dass sie angeblich zurückrudern. Das ist mir jetzt nicht so bekannt. Tatsächlich hat es einen Grund, warum die Regulierungszügel dort angestrengt wurden, weil das Vertrauen nach erheblichen Preissteigerungen in einem sehr stark gasbasierten System völlig zurückgegangen ist. Das haben uns unsere niederländischen Kollegen erzählt, und man hat es deshalb als notwendig gesehen, die Stringenz der Regulierung zu erhöhen, allerdings, und das ist sehr wichtig, schrittweise. Man darf es sich auch nicht zu einfach vorstellen. Das Ziel muss sein, die Kostenbestandteile zu erfassen und dann zugrunde zu legen, genauso wie es in der klassischen Netzregulierung von Strom- und Gasnetzen der Fall war. Wir reden über die Zeit vor der Einführung der Anreizregulierung in den Strom- und Gasnetzen, so etwa wie die schweizerischen Netze noch heute reguliert werden.

Der Unterschied ist dann, dass wir nicht über die Angemessenheit von Preisanpassungsklauseln abstrakt sprechen, ohne dass die Kosten wirklich offenliegen, sondern die Kosten müssten offengelegt werden, und dass das die Komplexität erhöht, weiß ich nicht. Mir erscheinen die gegenwärtigen Preissetzungsklauseln schon sehr kompliziert, und wenn man einfach nachweisen müsste, dass dieser Bestandteil durch diese Kosten zustande kommt, dann würde ich denken, dass das die Komplexität nicht unbedingt erhöhen müsste.

Aber der Teufel steckt im Detail. Das muss man zugeben. Von daher plädiert die dena nachdrücklich für einen Runden Tisch, wo alle Akteure zusammenkommen und über eine zukünftige Regulierung debattieren. Dabei ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, dass die Investitionsbedarfe natürlich abgedeckt werden. Wenn wir über Price-Cap-Regulierung sprechen, heißt das nicht, dass willkürlich eine Obergrenze eingesetzt wird, sondern es geht darum, dass tatsächlich die Preise an bestimmte Kostenbestandteile gebunden sein müssen. Alternativ kann man auch Marktindizes einführen und sagen, der Fernwärmepreis darf jetzt nicht höher werden als eine vergleichsweise Wärmepumpenversorgung. Da muss man dann aber auch ehrlich fragen: Kann man in einem Gebäude, wie wir sie draußen sehen, wirklich Luftwärmepumpen überall einsetzen? Das heißt, diese hypothetische Wärmepumpe, die die Gebäude versorgt, ist völlig hypothetisch und völlig unreal, und deren Kosten dann heranzuziehen, um die Fernwärmeversorgung des Gebäudes zu messen, würde aus unserer Sicht danebenliegen. Aber, wie gesagt, das sind komplexe Fragen. Das kann man nicht ohne eine gründliche Untersuchung und auch eine entsprechende Fachdebatte beantworten, und dafür setzen wir uns ein.

Was das Kartellamt angeht, kann ich nur das Kartellamt selbst zitieren, die von sich aus sagen, sie können immer nur punktuell einzelne Fälle bei dem Verdacht im Rahmen von Missbrauchsaufsicht bearbeiten. Man hat auch als Kartellamt das Problem, dass die Kosten nicht transparent sind, dem Firmengeheimnis unterliegen und man als Kartellamt auch ganz schön im Dunkeln stochert. Insofern ist das keine wirklich überzeugende Aufsicht, wie sie heute stattfindet. Es sind einfach auch zu wenig Personen mit dem Thema befasst.

Dann gab es die Frage, ob Klimaneutralität zu teuer sei und dass sie nicht funktioniere und so. – Da muss man erst mal sagen, die Preissteigerungen, die hier zitiert wurden, haben erst mal die Preissteigerungen im Gasmarkt zugrunde gehabt, und das heißt, diese Preissteigerung kann man der Energiewende nicht direkt zurechnen. Das wäre unfair. Man muss dann auch noch dazu sagen, wir haben hier Plädoyers gehört fürs KWKG, und das KWKG hat auch viele positive Aspekte mit dem Ausbau der Netze und auch der Speicher, aber es ist letztlich auch eine Subvention für Fossile. Das muss man so sagen, auch wenn es effizient ist, und man müsste dann bitte das auch zusammenrechnen, denn wenn man die Subvention direkt aufschlagen würde auf die Preise, wäre auch diese fossile Versorgung durch die Fernwärmenetze nicht so günstig, und das ärgert mich immer so ein bisschen, denn man führt dann die Kosten der Fernwärme immer zulasten der grünen Versorgung an, aber das ist nur so halb richtig. Wir haben in Deutschland – ich kenne den Berliner Fall nur so ansatzweise – einen Anteil von 66 Prozent fossiler Energieträger in der Fernwärmeversorgung. Wenn man sich über Fernwärmepreise heute beschwert, dann bitte auch mit Blick auf diesen fossilen Anteil, sonst ist der Vergleich nicht fair. Das wäre mir jetzt noch mal wichtig.

Ich kann Ihnen gerne Material schicken, wenn Sie das interessiert, Herr Hansel. Norwegen wäre hier nicht das Beispiel, sondern Dänemark ist das interessante Beispiel. Ich schicke das auch gerne anderen Leuten, aber Sie hatten das aufgebracht. Dänemark hat eine Abdeckung von Fernwärme zu 65 Prozent, und die dänische Fernwärme ist zu 75 Prozent klimaneutral. Sie haben in Kopenhagen einen richtigen Anbieterwettbewerb. Es ist sehr marktmäßig organisiert. Es gibt große Probleme in Deutschland, und es fehlt auch aus unserer Sicht dieser große Plan letztlich, aber es ist möglich, im großen Stil Fernwärme auszurollen, Haushalte klimaneutral zu versorgen und das zu günstigen Preisen. Beim Beginn des russischen Aggressionskriegs gegen die Ukraine sind es in Dänemark die verbliebenen Haushalte, die ans Gas angeschlossen waren, gewesen, mit dezentralen Gasheizungen, die es da auch noch gibt, die tat-

sächlich die Preiserhöhung hatten und die Fernwärmekunden nicht. Es ist mir schon wichtig, das hier zu betonen.

Ich hatte mir die Frage notiert: die regulatorischen Hemmnisse für die Einspeisung industrieller Wärme. – Darauf kann ich sehr gerne eingehen, auch wenn es tatsächlich ein zusätzliches Thema ist. Die dena hat zwei Studien veröffentlicht zum Thema Drittzugang zu Fernwärmenetzen. Darauf basiert jetzt auch meine Antwort. Wir haben im Moment eine Situation, wo die Fernwärmeunternehmen Dritteinspeisern einen verhandelten Netzzugang gewähren, und das gibt es auch. Ich habe lange in Mannheim gelebt. Die BASF liefert seit 30 Jahren industrielle Abwärme für die Stadtwerke Ludwigshafen. Allerdings bedeutet ein verhandelter Netzzugang, dass die ganze Verhandlungsmacht beim Fernwärmenetzbetreiber liegt. Ich will überhaupt nicht in Zweifel ziehen, was Sie gesagt haben, Herr Feuerherd, in Bezug auf den Fall Berlin, aber wir haben tatsächlich mit Praxisvertretern gesprochen – bei dieser Studie, die wir erstellt haben, waren Praxisvertreter dabei –, und die haben berichtet, dass in einem Fall ein Unternehmen Abwärme angeboten hat, über das Grundstück des Unternehmens sind die Fernwärmeleitungen verlegt worden, das heißt, es wäre technisch sehr einfach gewesen anzuschließen, und der Fernwärmeanbieter hat das Angebot, diese industrielle Abwärme zu günstigsten Preisen abzunehmen, abgewehrt. Er wollte das nicht, und die Gründe sind auch nachvollziehbar. Er hat eine kohlebasierte KWK-Anlage, und diese Investition muss er schützen. Das macht betriebswirtschaftlich Sinn, ist aber tatsächlich für die Energiewende nicht gut.

Deshalb gibt es in der auch schon zitierten EU-Direktive, der RED III, die Ermutigung, den Drittzugang zu erleichtern, und dafür tritt auch die dena ein mit diesen beiden Gutachten, aber es ist nicht ganz so einfach. Das ist wichtig. Es ist nicht so wie beim Strom- und Gasnetz, und das liegt daran, dass Fernwärmenetze nicht so standardisiert sind, was die Temperaturniveaus angeht, was den Druck angeht und so weiter. Deshalb haben wir ein Konzept entwickelt, das die Öffnung der Netze in die kommunale Wärmeplanung integriert, und das ist sehr wichtig, denn was nicht funktioniert und wo man auch Fehlinvestitionen riskiert, ist, man macht eine Planung, entsprechend der Planung werden Leitungen und neue Wärmeanlagen gebaut, und dann kommt plötzlich jemand an und sagt: Jetzt will ich aber hier meine grüne Wärme einspeisen. Bitte öffnet das Netz! – So funktioniert das im Wärmebereich nicht. Man würde hier schlimme Fehlinvestitionen riskieren.

Wofür wir eintreten, ist, dass man im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung ein Fenster identifiziert, in dem mögliche Investitionen in Wärmeerzeugungsanlagen auf einer Vergabepattform öffentlich gemacht werden und wo dann Anbieter ihre Konzepte vorlegen können. Dann beginnt ein Verhandlungsprozess, bei dem aber auch alle technischen Aspekte mitberücksichtigt werden müssen. Das ist unser dena-Vorschlag, und wenn Sie Interesse haben, schicke ich Ihnen das gerne zu. Das ist relativ komplex. Ich will das jetzt nicht zu sehr vertiefen. Unserer Vorstellung entsprechend würde dann der Einspeiser einen Abnahmevertrag bekommen, in dem die Mengen festgeschrieben sind im Sinne eines Take or Pay, das heißt, aus operativen Gründen muss der Fernwärmenetzbetreiber natürlich entscheiden können, wie viel er abnimmt. Wenn wir jetzt einen ganz warmen Winter haben, dann wird er weniger Wärme abnehmen, aber er muss eine Mindestabnahme garantieren oder ansonsten Schadenersatz zahlen. Das ist auch in der Stromwirtschaft in Schwellenländern übrigens ein übliches Verfahren, wenn dort keine Strombörse existiert. Wir glauben, dass auf diese Art und Weise die Transparenz weiter steigen könnte, denn man könnte diese Einspeisepreise dann als Teil einer Preisformel aufnehmen und sagen: Soundso viel kam jetzt von dieser Großwärmepumpe und ent-

sprechend sind auch die Kosten, die damit verbunden sind. Das Konzept vertreten wir. Wir sind bei den Branchenverbänden bisher nicht so auf Gegenliebe gestoßen, aber mal sehen, wie sich die Diskussion noch entwickelt.

Das führt mich abschließend noch zum Thema der Anbietersauswahl. Wir haben auch mit den Praxisvertretern diesen Vorschlag, der auch im Rahmen der EU-Direktive gemacht wurde, geprüft, dass tatsächlich ein Netz betrieben wird und dass es dann verschiedene Anbieter von Wärme gibt, so wie es Grünstromanbieter und verschiedene Stromanbieter gibt. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass das technisch zu komplex ist, weil die Aufrechterhaltung der sicheren Wärmeversorgung einfach technisch zu komplex würde. Wir raten deshalb von einem solchen Ansatz ab. Dabei bleibt es aber tatsächlich bei dem schon zu Recht zitierten Wettbewerb zwischen dezentraler und zentraler Wärmeversorgung. Das war jetzt zu dem, was ich mir aufgeschrieben hatte. – Danke schön!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Herr Dr. Skopp, möchten Sie auch noch Bemerkungen machen? – Bitte!

Dr. André Skopp: Ich hätte noch ein paar Ergänzungen zu den Vorrednern. Einerseits sollte man auch an Finnland denken. Dort ist auch ein günstiger Fernwärmepreis, den wir haben, wie in Dänemark, der im letzten Jahr bei 11 bis 13 Cent lag. Also man sieht, man kann durchaus günstige Kosten erreichen, wobei man immer sagen muss, dass die schon seit Jahrzehnten bei der Dekarbonisierung dabei sind. Die haben schon auf die Ölpreiskrise damals reagiert, sodass das natürlich eine andere Ausgangslage ist. Dennoch ist es möglich. In Teilen sind die Stromgestehungskosten durchaus in den alternativen regenerativen Energien niedrig. Insofern sollte man darauf achten und sehen, dass es diese Beispiele gibt. Zum Beispiel liegt in Finnland der Strompreis bei 20 Cent und der Industriestrompreis bei 13 Cent. Das ist natürlich eine Konkurrenz für deutsche Standorte. In Dänemark gibt es noch das Verbot der Quersubventionierung, das Verbot von Übergewinn, und zweimal im Jahr muss man die Preise melden. Das ist schon ein Unterschied, und da gibt es ein größeres Vertrauen als bei uns.

Zum Price-Cap: Eine Höchstgrenze ist im Prinzip eine gute Idee. Man muss nur aufpassen, dass da nicht alle denken, das ist jetzt der Normalpreis, und dann nehmen sie alle 20 Cent oder wie auch immer. Da sehen wir im Augenblick auch von der Preisentwicklung – – Der Fernwärmepreisindex ist von September 2021 bis 2024 um 80 Prozent gestiegen. Jetzt ist er wieder ein bisschen zurückgekommen, aber er ist eben extrem gestiegen. Wenn ich das jetzt für einen Haushalt sehe, der 10 000 Kilowattstunden verbraucht, und ich habe vorher 10 Cent bezahlt, dann sind das für den Haushalt 1 000 Euro gewesen. Jetzt liegen wir bei 1 800 Euro. Wenn wir jetzt noch Angst haben müssen, durch unregelmäßige Preisklauseln oder Sprunginvestitionen oder eine Veränderung des Beschaffungsmixes überhaupt nicht mehr zu wissen, wo man liegt, und dann sieht man, dass bei der Fernwärme 70 bis 80 Prozent Mieter sind, und von diesen Mietern sind auch die meisten unter 3 000 Euro Haushaltseinkommen, heißt das, es wird eine soziale Frage. Es wird andere Zuschüsse geben als Heizkostenzuschüsse, die Menschen können nicht mehr so konsumieren, vielleicht geht es auch auf die Auswahl der Nahrungsmittel, zumindest ist es größer zu fassen, und das macht den Leuten Angst bei diesen Preisentwicklungen. Darauf sollte man zumindest immer auch achten.

Die Preissteigerungen durch die Ukraine waren natürlich da, aber die Preissteigerungen, wenn die um 100 Prozent waren, dann haben wir eine Verdoppelung dazu gehabt. Wenn man nor-

mal bei der BEW sieht, 16 Cent haben die den Kostenhöchstpreis, dann gab es viele mit Wärmecontracting oder Fernwärme, da lag das bei 30 Cent, das heißt, das liegt an diesen Formeln, weil da Börsenindizes abgerechnet werden, die sehr hoch volatil und ein Damoklesschwert sind. Bei uns in der Siedlung waren das 2022 Nachzahlungen von 1 000 bis 8 000 Euro pro Haushalt. Das ist durchaus beträchtlich, und da muss man einen Riegel verschieben und darauf achten, wenn man diese Fernwärme machen und eine Akzeptanz der Energiewende und auch der Institutionen haben möchte, dann muss man diese Kosten sehen und auch überlegen: Gibt es gegebenenfalls auch günstigere Lösungen? Wie kann man, wo kann man Kosten sparen? Genauso bei Sanierungen, alles wird nicht gehen für jedes Haus. Das überfordert die Mieter, auch von den Kosten her. Es muss schon geguckt werden, günstig zu sanieren und auch günstig zu gestalten, möglichst wirtschaftlich, dass wir die Energiekosten reduzieren können im Vergleich zu Maximalwerten. Da geht nicht alles, und man muss vielleicht auch mal fragen, wenn jemand sagt, Fernwärme kostet 30 Cent: Ist das denn ökologisch sinnvoll? Vielleicht auch noch mit fossilem Anteil. Oder muss man da nicht sagen: Nein, so etwas können wir uns gar nicht leisten. – Wir müssen in diesen Bereichen eine andere Lösung finden, damit dieses Wirtschaftlichkeitsgebot auch wieder stärker im Vordergrund steht. Das wäre auch wichtig.

Wohin ich mich gewandt habe, war vorhin die Frage. – An alle! Ich hatte damals zuerst den Bund der Energieverbraucher angesprochen und habe die auf die Problematik des Wärmecontractings gebracht. Die Fernwärmeproblematik gibt es schon lange, haben wir schon 20 Jahre. Da gab es schon 2007 270 und mehr Preisbeschwerden. Dann gab es den Statusbericht vom Bundeskartellamt 2009 bis 2012, und dann lief ein Vergleichsverfahren. Das dauerte zehn Jahre. Jetzt ist es ähnlich. Wenn man ein BGH-Verfahren anstreben wollte und ein Urteil, dauert es auch sieben oder acht Jahre. Aktuell verfolgen wir mehrere Musterfeststellungsklagen vom VZBV, aber auch einige Landgerichtsurteile, wo auch diese Preisklausel abgeurteilt wurde, dass diese Preiserhöhungen unzulässig sind. Es sind aber ganz wenige Mieter und ganz wenige Menschen, die überhaupt aufstehen. Dann gibt es einen Vergleich, oder es sind an diesen Musterfeststellungsklagen vielleicht nur 10 Prozent beteiligt. Also von 100 Prozent Übergewinn muss der jeweilige Contractor oder Anbieter vielleicht 2 Prozent abgeben, das heißt, das Geschäftsmodell überhöhter Preise ist völlig ungesüht. Da müsste man auch gucken, dass so etwas nicht ganz so geht.

Die Universalschlichtungsstelle hatte ich am Anfang auch angerufen und beim VZBV Herrn Engelke damals noch und dann auch mit dem Nachfolger gesprochen. Mit Herrn Siepe habe ich sehr viel Austausch gehabt wegen Preisatlas und unabhängigen Preisen. Dadurch habe ich sehr viele Preisklauseln gesehen, die wir auch berechnet haben. Auch bei uns in der Pfarrsiedlungsgruppe hatten wir einen Rechnungsscheck online gestellt, wo wir Wärmecontracting und die Berechnung mit Marktelement und ohne Marktelement verglichen und damit den Einfluss auch gesehen haben, der damit zusammenhängt. Dass die BEW diesen Wärmepreisindex von 50 Prozent drin hat, ist positiv aufgefallen. Dass Sie eine Stromrück einspeisung mitberücksichtigen, ist auch positiv. Was nicht so gut ist, sind weiter diese Börsenindizes. Man beschafft für ein, zwei, drei Jahre voraus, bei GASAG und BEW, sagen die Chefs vom Einkauf, man macht aber weiter diese Börsenindizes. Das ist zumindest so, wie es rüberkommt, dass das gesagt wird, wir haben schon für ein bis zwei Jahre eingekauft, so stand es auch in der Zeitung.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Dr. Skopp! Ich darf Sie jetzt mal unterbrechen. Das Problem ist, Sie sind hier als Anzuhörender, um mit dem Ausschuss zu diskutieren, nicht mit den Experten untereinander. Deshalb würde ich gerne, weil wir auch im Zeitplan vorwärtskommen wollen, das vielleicht etwas unterbrechen.

Dr. André Skopp: Ich bin da doch immer sehr bewegt über die ganze Problematik.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Das kann ich menschlich verstehen, aber ich muss hier als Vorsitzender ein bisschen auf die Abläufe achten.

Dr. André Skopp: Okay! – Wie gesagt, auf die soziale Belastung hatte ich hingewiesen. Wie man das Vertrauen von Herrn Schenk – – Das ist zwar bei uns verfünffacht in zwei Jahren, aber sonst liegen die Preise im Mittel um 80 Prozent bei der Fernwärme, beim Contracting teilweise auch noch mehr, und da ist man rechtlich und preislich wirklich in einer sehr schlechten Position.

Wofür ich natürlich auch wäre, wie beim Strom oder Gas, wenn das möglich ist, kann ich nicht so beurteilen, aber wie weit ist es möglich, Heizung und Energie zu trennen? Beim Wärmecontracting genauso. Man stellt bei anderen Sachen auch manchmal die Anlage oder das Auto zur Verfügung, und man kann sich noch Strom oder Benzin selbst kaufen. Wir haben keinen Marktzugang beim Wärmecontracting, und bei der Fernwärme eben auch nicht, und da wäre es schon schön, wenn diese Möglichkeit dieses Drittzugangs bestünde.

Wie gesagt, bei der Fernwärme ist es so, dass etwa 25 Prozent der Preise über 20 Cent pro Kilowattstunde sind, was dann oft schon die Grenzbelastung ist, und bei 10 Prozent sind es über 25 Cent pro Kilowattstunde. Worauf es uns von Mieterseite ankommen würde, ist, im Kern diese Regelung für die Preisklauseln, insbesondere wenn man Verträge zulasten Dritter abschließt, die keine Rechte haben, alles nur bezahlen und sich natürlich große Sorgen machen, wenn sie wenig verdienen, und das sind die meisten Mieter: Wie läuft das weiter? Das muss man irgendwie einbeziehen und berechnen. Deshalb sollten auch da die Mieter nicht alle Investitionskosten zahlen, die man für den Umbau braucht, sondern da sollte man die soziale Frage stellen. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank an Sie alle! – Ich würde jetzt dem Senat die Möglichkeit geben, Frau Senatorin Giffey, Ihre Stellungnahme abzugeben. – Bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Es ist jetzt schon sehr viel gesagt worden, aber ich will noch mal ganz kurz an das anknüpfen, was Herr Dr. Skopp gerade gesagt hat. Die soziale Frage zu stellen bei dem Thema Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Transformationsinvestitionen, ist einer der wesentlichen Gründe gewesen, warum wir uns entschieden haben, die Berliner Energie und Wärme AG, jetzt heißt sie so, früher war es Vattenfall, die Fernwärme war bei Vattenfall angesiedelt, die Wärme wieder in Landeshand zu holen, weil wir genau das wollten, eine größere Stabilität bei dem Thema Energieversorgungssicherheit, aber auch in Verbindung mit einer preislichen Stabilität, einer Einflussmöglichkeit darauf, die nicht sagt: Wir garantieren, never ever wird irgendein Preis steigen –, das können wir nicht, aber die sagt: Wir gehen mit dem, was wir mit unserem Landesunternehmen machen, eben nicht renditeorientiert oder auf Gewinnmaximierung orientiert um, sondern wir gehen damit so um, dass wir sagen, wir wollen, dass unser Landesunternehmen die-

sen Dreiklang leistet aus Energieversorgungssicherheit, Preisstabilität und Investitionen, die nötig sind für die Transformation in Richtung Energiewende. Das vorweggeschickt! Es hat mich auch gefreut, dass es hier gewürdigt wurde. Herr Efler hat das, glaube ich, vorhin auch gesagt, dass diese Entscheidung der Rekommunalisierung der Fernwärme eine große Chance für Berlin ist. Da stimme ich absolut zu. Sie ist aber auch eine der wichtigsten klimapolitischen Weichenstellungen, die wir in den letzten Jahren und auch für das nächste Jahrzehnt gemacht haben.

Vor dem Hintergrund ist das, was wir heute besprechen, die Frage, wie man das alles auch mit einer Verlässlichkeit zusammenbringt, auch im Kontext von anderen Fernwärmeanbietern, natürlich eine sehr essenzielle Frage. Unsere Grundlage ist dafür das Berliner Energiewendegesetz. Es ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Im September 2021 ist die Novelle in Kraft getreten. Wir haben damals eine Entscheidung getroffen, dass es eine Berliner Regulierungsbehörde für die Fernwärme gibt, die bei uns in der Senatswirtschaftsverwaltung angesiedelt ist. Ich darf Ihnen unsere Kollegin Frau Winkler vorstellen, die mit ihrem Team dieses Thema der Regulierungsbehörde verantwortet und sicherlich auch gemeinsam mit Severin Fischer gleich noch ein paar Detailfragen beantworten und darauf eingehen wird.

Ich will nur ein paar generelle Punkte sagen: Wir haben das ganze Thema der Dekarbonisierungsfahrpläne, die wir auf Schlüssigkeit zu prüfen haben, ihre Einhaltung zu überwachen haben. Das ist ein wesentlicher Teil dessen, was die Regulierungsbehörde auch in der Senatswirtschaftsverwaltung tut. Wir haben natürlich jetzt eine Sondersituation mit der BEW, da wir im Aufsichtsrat sehr intensiv den Dekarbonisierungsfahrplan nicht als Regulierungsbehörde begleiten, sondern als beteiligungsführende Stelle und ich persönlich auch als Aufsichtsratsvorsitzende. Das Thema des Dekarbonisierungsfahrplans für die BEW ist für uns gerade ein sehr akutes, weil wir gerade sehr intensiv oder die BEW sehr intensiv daran arbeitet und wir auch gesagt haben, wir wollen bis zum Jahresende einen entsprechenden Fahrplan vorlegen, der natürlich mehr ist als das, was damals von Vattenfall vorgelegt worden ist, eine überarbeitete Fassung. Da sind wir auch sehr intensiv dran.

Das Thema Einspeiseanspruch von Dritterzeugern ist heute auch schon mehrfach angesprochen worden. Wir reden gerade, ich will es noch einmal betonen, nicht über den Anspruch, sondern darüber, dass uns im Moment nicht die Türen eingerannt werden, sondern es gibt keine Antragslage dafür. Wir haben diese Möglichkeit. Wir wollen das auch gerne. Es gibt auch eine Bereitschaft, das zu tun, aber es gibt, seit wir diese Regelung haben, keinen einzigen Fall, in dem sich ein Petent an uns gewandt hätte, weil ihm die Einspeisemöglichkeit versagt worden wäre. Es gab schlichtweg einen solchen Fall nicht. Es ist also eher im Moment ein theoretischer Anspruch, über den wir da reden.

Wir haben natürlich Datenrechte und Datenpflichten, die wir zu berücksichtigen haben. Da geht es um die Transparenzpflicht und Mitteilungspflicht. Das ist hier heute auch schon sehr ausführlich besprochen worden. Dazu kann sicherlich die Regulierungsbehörde gleich noch ein paar Punkte sagen. Auch das Thema der Überprüfung der Verbraucherpreise auf missbräuchliche Preisgestaltung alle fünf Jahre ist ein Thema, das bei uns im Haus auch betrachtet wird. Wir haben nach diesem Erlass des Gesetzes natürlich einen Prozess gehabt, wo umfangreich auch noch mal geklärt, ausgearbeitet und operationalisiert wurde, was diese Rechtsvorschriften denn eigentlich im behördlichen Tun bedeuten, weil wir damit auch in einem Neulandfeld waren. Für uns ist es wichtig, dass unser Referat Energie und die dort ansässige Re-

gulierungsbehörde vor allen Dingen die juristischen Aspekte, aber auch die energiewirtschaftliche Expertise berücksichtigt und das auch so weit entwickelt hat, dass entsprechend die Arbeit geschehen kann in dem Sinne, wie sie heute auch hier dargelegt wurde.

Wir haben zum Thema dieser großen Transformationsaufgabe und der Investitionen, die da nötig sind, natürlich immer ein Spannungsfeld. Das muss finanziert werden. Auf der anderen Seite wollen wir aber, dass die Preise nicht ins Unermessliche steigen. Deswegen ist natürlich das, was jetzt auch im Senat demnächst zum Klimapakt beschlossen wird, ein sehr wichtiges Thema. Wir werden im Rahmen der Transaktionskredite für die Dekarbonisierung Mittel aufnehmen. Wir haben, das hat Herr Feuerherd schon angesprochen, bei der Eigenkapitalzuführungen für die BEW natürlich auch die Voraussetzung geschaffen, dass Zukunftsinvestitionen in sehr hohen Größenordnungen realisiert werden können, und das sind alles Punkte, die natürlich enorm wichtig sind, um diese Zukunftsaufgaben auch zu meistern.

Was von Herrn Dr. Skopp und auch den anderen angesprochen wurde zum Thema der Regulierung, da haben wir natürlich auf Landesebene auch Grenzen. Ich glaube, das ist auch deutlich geworden, dass wir hier natürlich nur sehr begrenzt regulierend eingreifen können. Vieles sind bundesrechtliche Regelungen, vieles sind Marktauswirkungen, die sich auch zeigen bei den Preisen. Für uns ist aber wichtig, dass wir mit unserem eigenen Landesunternehmen auch bei der Frage der Perspektive natürlich wollen, dass wir mit dem zweitgrößten Fernwärmenetz Europas und dem größten Fernwärmenetz Westeuropas natürlich einen hohen Kundestamm haben, den wir auch halten wollen, wo wir möglichst viele auch in die BEW holen wollen. Auch wenn wir unser Netz erweitern, wollen wir natürlich, dass das Kunden bei unserem Landesunternehmen werden. Das ist das, was wir aus der Unternehmensentwicklung der BEW sehen. Das, was an Regulierungen erforderlich ist für die anderen Fernwärmenetzanbieter und diejenigen, die die Dinge tun, die Sie, Herr Dr. Skopp, auch schon beschrieben haben, da haben wir im Land Berlin auch Grenzen dessen, was wir auf Landesebene tun können.

Ich würde aber zur Frage, was wir bisher tun und auch zur Umsetzung der gesetzlichen Grundlagen an Severin Fischer und Frau Winkler abgeben, dass sie noch mal ein bisschen genauer auf die Einzelfragen eingehen und auch noch mal auf das Thema der Preisprüfung ganz im Spezifischen. Vielleicht so viel von mir!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann Herr Staatssekretär zur Ergänzung, bitte!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Vieles ist schon gesagt worden. Herzlichen Dank! Ich glaube, wichtig dabei noch mal zu betonen, ist, dass die Gesetzesnovelle damals 2021 unter anderem Vorzeichen, nicht nur, was die bundesrechtlichen Gegebenheiten, sondern auch die Situation des damals noch nicht rekommunalisierten Landesunternehmens BEW angeht, gefasst worden ist.

Wir hatten damals wenig Einblick in die Geschehnisse des Unternehmens. Deswegen sind die Dekarbonisierungsfahrpläne, die damals verpflichtend gemacht worden sind, auch bundesweit eine Innovation gewesen, sodass wir uns angeschaut haben: Was machen eigentlich die Fernwärmeversorger in Berlin? Man muss vielleicht auch noch dazu sagen, das ist eine wesentliche Aufgabe, die die Regulierungsbehörde in den vergangenen Jahren vollzogen hat. Wenn Sie sich den Aufgabenkatalog, den Sie teilweise selbst miterschaffen haben, ansehen, dann ist die Aufgabe der Kontrolle des Dekarbonisierungsfahrplans eine der wesentlichen Aufgaben, und damit sind wir in den vergangenen Jahren auch intensiv beschäftigt gewesen, sowohl für die BEW als auch für das Fernheizkraftwerk Neukölln und die BTB, die die drei im Wesentlichen sind, die hier betrachtet werden.

Es gab ein paar konkrete Fragen, zum einen das Thema Preisaufsicht und wie wir das angehen. – Wir haben auch gegenüber dem Hauptausschuss schon in diesem Jahr Bericht erstattet. Wir haben uns jetzt einmal angesehen, was die Landeskartellbehörde über die Preisentwicklung im Land Berlin bei der Fernwärme berichtet hat. Sie hat erst mal keine Indizien dafür gegeben, dass es hier Missbräuche gegeben hat. Insofern gibt es erst mal keinen Anlass einer noch intensiveren Prüfung. Wir werden aber natürlich jetzt ein Konzept abarbeiten, wie wir dem gesetzlichen Auftrag nachkommen und dann einen Bericht im kommenden Jahr dazu abfassen, der noch bis zum September vorliegen soll.

Dann wurde von Herrn Hansel angedeutet, dass es jetzt mit der Wärmeplanung einen Anschlusszwang geben würde. Das ist aber nicht der Fall. Das muss man noch mal ganz klar sagen. Wir haben in Berlin keinen Anschlusszwang für die Fernwärme. Deswegen ist es richtig, was die Anzuhörenden gesagt haben. Die Fernwärme muss sich gerade dem Wettbewerb stellen. Deswegen ist Transparenz das höchste Gebot bei diesem Punkt, und wir begrüßen auch sehr, dass alle, die in Berlin in der Fernwärme aktiv sind, großes Interesse daran haben, dass wir ein höheres Maß an Transparenz herstellen. Das wird in erster Linie durch Bundesrecht gemacht, denn die Vergleichbarkeit von Fernwärmepreisen hilft uns nicht nur in Berlin allein, sondern wir müssen schauen: Wie verhält sich die im Vergleich zum Bundesschnitt? Deswegen ist alles, was wir auf Bundesebene tun können, sehr hilfreich. Einige Vorschläge sind schon genannt worden. Vor allem setzen wir uns dafür ein, und das haben wir in der letzten Legislaturperiode auf Bundesebene auch getan, dass die AVBFernwärmeV tatsächlich novelliert wird, die einen besseren Einblick für die Verbraucher bei der Preisgestaltung geben würde. Ich würde die These wagen, wir hätten das noch hinbekommen, wenn sich der Wahltermin bis zum Abschluss gezogen hätte. Das ist nicht der Fall gewesen. Insofern muss es jetzt einen neuen Anlauf geben. Wir sind da aber sehr hinterher, und das Berliner Energiewendegesetz bietet uns auch die Grundlage dafür, dass wir uns aktiv einsetzen können.

Zu guter Letzt noch zur Wärmeplanung: Sie wissen, das ist ein Thema, das bei der Senatsverwaltung für Umwelt und Klimaschutz läuft. Wir sind da natürlich in den Ressortabstimmungen daran beteiligt, wie es weitergeht, und unterstützen auch bei der Beratung. Ganz explizit tun wir das beispielsweise über die Berliner Energieagentur, die gemeinsam mit den Infrastrukturbetreibern diese Angebote schaffen will. Im Einzelplan ist es aber verortet bei Umwelt und Klima, und in der Zuständigkeit innerhalb des Senats ist das auch der Fall. Wir wollen aber natürlich, dass uns die Wärmeplanung gelingt und dass es am Ende zu einer attraktiven Rahmenbedingung für die Fernwärme führt. – Ich hoffe, damit alle Fragen beantwortet zu haben.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Ich wollte gerade sagen, ich hoffe, dass alle Fragen erschöpfend behandelt sind, weil wir noch ein bisschen Programm haben, aber Herr Dr. Taschner hat noch eine Frage.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Ich würde gerne den Senat auf meine Frage hinweisen, welches Beratungsangebot anstelle des BAUinfos oder auch des von der Verbraucherzentrale gerade in diesen wichtigen Fragen der Fernwärmepreise – – was da eigentlich konkret geplant ist. Man hört immer irgendwelche Sachen herumwabern, aber so ganz versteht man es nicht, warum gute bestehende Sachen weggemacht werden, um irgendetwas Neues aufzubauen. Vielleicht können Sie ein bisschen Licht ins Dunkel bringen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Können wir dazu noch kurz etwas sagen? Möglichst kurz, wenn es geht!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Taschner! Sie wissen genau, wo die Mittel für die Verbraucherzentrale verortet sind, und die sind nicht im Einzelplan der Wirtschaftsverwaltung. Wir haben deshalb bei der Wirtschaftsverwaltung keinen Einfluss darauf, wie die Budgets sich zuordnen in Bezug auf die Verbraucherzentrale. Sie wissen das sehr genau. Deshalb kann ich Ihnen zu einem anderen Einzelplan und dessen Einteilung und auch die Verhandlungen, die jetzt im Parlament dazu laufen, keine Aussage geben. Wir können immer schauen: Wo können wir zusammenarbeiten? – Und daran sind wir auch interessiert, dass man mit der Verbraucherzentrale gut zusammenarbeitet und dass man auch schaut, wie man das gegebenenfalls mit der BEW vielleicht verknüpfen kann. Das muss man dann sehen. Aber die Frage, wie die finanzielle Zuteilung des Budgets der Verbraucherzentrale ist, ist im Einzelplan 06 zu verorten, nicht im Einzelplan 13. Deshalb können wir dazu hier an dieser Stelle keine Aussage tätigen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Gut, dann vielen Dank! – Ich gehe davon aus, Herr Kollege Dr. Taschner wird dann in dem anderen Ausschuss diese Frage stellen lassen, so dass das da beantwortet wird. – Ich gehe davon aus, weil wir sehr fortgeschritten in der Zeit sind, dass wir das Thema erst mal gut bearbeitet haben. Ich darf mich erst mal bei unseren Anzuhörenden bedanken, dass Sie da waren und uns zur Verfügung gestanden haben. Ich gehe davon aus, dass wir dieses Thema weiter intensiv begleiten werden. Vielen Dank an Sie alle vier für ihr Kommen! – Ich gehe davon aus, dass wir den Tagesordnungspunkt 2 entsprechend der Praxis in diesem Ausschuss vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Das ist einvernehmlich so. Das ist dann der Fall.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2486
**Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner
Klimaschutz- und Energiewendegesetzes**

[0254](#)
WiEnBe
Haupt(f)
StadtWohn
UK

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2431
**Empfehlungen des Berliner Klimabürger*innenrats
endlich umsetzen**

[0253](#)
WiEnBe
UK(f)
Mobil

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.